



Ein Portrait der Schweiz

Ergebnisse aus den Volkszählungen 2010–2014



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Departement des Innern EDI
Bundesamt für Statistik BFS

Neuchâtel 2016

Die vom Bundesamt für Statistik (BFS)
herausgegebene Reihe «Statistik der Schweiz»
gliedert sich in folgende Fachbereiche:

- 00** Statistische Grundlagen und Übersichten
- 01** Bevölkerung
- 02** Raum und Umwelt
- 03** Arbeit und Erwerb
- 04** Volkswirtschaft
- 05** Preise
- 06** Industrie und Dienstleistungen
- 07** Land- und Forstwirtschaft
- 08** Energie
- 09** Bau- und Wohnungswesen
- 10** Tourismus
- 11** Mobilität und Verkehr
- 12** Geld, Banken, Versicherungen
- 13** Soziale Sicherheit
- 14** Gesundheit
- 15** Bildung und Wissenschaft
- 16** Kultur, Medien, Informationsgesellschaft, Sport
- 17** Politik
- 18** Öffentliche Verwaltung und Finanzen
- 19** Kriminalität und Strafrecht
- 20** Wirtschaftliche und soziale Situation der Bevölkerung
- 21** Nachhaltige Entwicklung und Disparitäten auf regionaler und internationaler Ebene

Ein Portrait der Schweiz

Ergebnisse aus den Volkszählungen 2010–2014

Redaktion

Kathrin Freire, POP; Christoph Freymond, POP

Inhalt

Jacques Babel, BILD-S; Christelle Bérard Bourban, POP;
Ferenc Biedermann, MOBIL; Katja Branger, DEM; Marco
Buscher, POP; Kathrin Freire, POP; Christoph Freymond, POP;
Jacqueline Kucera, DEM; Emanuel von Erlach, BILD-S

Herausgeber

Bundesamt für Statistik (BFS)

Neuchâtel 2016

Herausgeber: Bundesamt für Statistik (BFS)

Auskunft: info.pop@bfs.admin.ch, Tel. 058 467 25 25

Redaktion: Kathrin Freire, POP; Christoph Freymond, POP

Inhalt: Jacques Babel, BILD-S; Christelle Bérard Bourban, POP; Ferenc Biedermann, MOBIL; Katja Branger, DEM; Marco Buscher, POP; Kathrin Freire, POP; Christoph Freymond, POP; Jacqueline Kucera, DEM; Emanuel von Erlach, BILD-S

Reihe: Statistik der Schweiz

Themenbereich: 01 Bevölkerung

Originaltext: Deutsch/Französisch

Übersetzung: Sprachdienste BFS

Layout: Sektion DIAM, Prepress/Print

Grafiken: Sektion DIAM, Prepress/Print

Karten: Sektion DIAM, ThemaKart

Titelseite: BFS; Konzept: Netthoevel & Gaberthüel, Biel;
Foto: © Bundeskanzlei-Béatrice Devènes, Dominic Büttner

Druck: in der Schweiz/Cavelti AG, Gossau

Copyright: BFS, Neuchâtel 2016
Wiedergabe unter Angabe der Quelle
für nichtkommerzielle Nutzung gestattet.

Bestellungen Print: Bundesamt für Statistik, CH-2010 Neuchâtel,
Tel. 058 463 60 60, Fax 058 463 60 61, order@bfs.admin.ch

Preis: Fr. 10.– (exkl. MWST)

Download: www.statistik.ch (gratis)

BFS-Nummer: 1645-1400

ISBN: 978-3-303-01269-7



Inhaltsverzeichnis

Einleitung	5	3 Gebäude und Wohnungen	14
Ein vielfältiges Bild der Schweiz	5	3.1 Gebäude mit Wohnnutzung	14
Das neue Volkszählungssystem	5	3.2 Wohnungen	15
1 Bevölkerungsstand und -struktur	6	4 Wohnverhältnisse	17
1.1 Ständige Wohnbevölkerung	6	4.1 Mieter- und Eigentümerwohnungen	17
1.2 Demografische Alterung	7	4.2 Mietpreise	18
1.3 Staatsangehörigkeit	8	5 Sprachen	19
1.4 Alter und Geschlecht	8	5.1 Entwicklung der Landessprachen	19
1.5 Ständige Wohnbevölkerung nach Zivilstand und Geschlecht	9	5.2 Viele sprechen nur eine Landessprache	20
1.6 Top 10 der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung	9	5.3 Englisch als wichtige Arbeitssprache	21
2 Haushalte und Familien	10	5.4 Ein Drittel der Rätroman/innen lebt ausserhalb des rätomanischen Sprachgebiets	21
2.1 Jede sechste Person lebt alleine	10	6 Religion	22
2.2 Die Mehrheit lebt nach wie vor in Familien	11	6.1 Die Entwicklung der Konfessionen seit 1970	22
2.3 Schweizer/innen wohnen in kleineren Haushalten als Ausländer/innen	11	6.2 Die religiöse Vielfalt nimmt zu	23
2.4 Mehr als acht von zehn Kindern leben mit beiden Eltern zusammen	12	6.3 Konfessionelle Dominanz	23
2.5 Der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung nahm in den letzten 40 Jahren ab	13		

7	Bildungsstand	25	11	Erwerbsmodelle bei Paaren mit Kindern	35
7.1	Immer mehr Tertiärabschlüsse	25	11.1	Erwerbsmodelle bei Paaren mit Kindern im Haushalt	35
7.2	Frauen mit Tertiärabschluss holen auf	25	11.2	Mütter mit kleinen Kindern seit 1970 zunehmend Teilzeit erwerbstätig	35
7.3	Personen mit Tertiärausbildung leben in den Zentren oder zentrumsnah	27	11.3	Unterschiedliche Anteile der Erwerbsmodelle in den Sprachregionen	35
8	Bildungsunterschiede bei Paaren	28	12	Pendlermobilität	37
8.1	Bei 6 von 10 Paaren haben beide Partner den gleichen Bildungsstand	28	12.1	Länge der Arbeitswege	37
8.2	Unterschiede nach Sprachregionen sowie städtischen und ländlichen Gebieten	28	12.2	Verwendete Verkehrsmittel	38
8.3	Immer mehr Paare mit gleichem oder höherem Bildungsstand der Frau	29	12.3	Pendlersaldi der Bezirke	38
9	Soziale Herkunft der Lernenden und Studierenden	31			
9.1	Soziale Herkunft der Lernenden auf Sekundarstufe II	31			
9.2	Soziale Herkunft der Studierenden auf Tertiärstufe	32			
10	Erwerbsleben	33			
10.1	Alter und Geschlecht beeinflussen Erwerbsbeteiligung	33			
10.2	Männer arbeiten eher Vollzeit, Frauen Teilzeit	34			
10.3	Erwerbstätigenquote nach Bezirk	34			

Einleitung

Ein vielfältiges Bild der Schweiz

Die vorliegende Publikation präsentiert einige ausgewählte Resultate der seit 2010 modernisierten eidgenössischen Volkszählung. Sie stellt einen Ausschnitt aus dem reichhaltigen Angebot an Informationen dar, das beim Bundesamt für Statistik (BFS) erhältlich ist. Die Volkszählung zeichnet ein vielfältiges Bild einer dynamischen Bevölkerung der Schweiz. Es reicht von der Demografie, Sprachen, Religionen, Ausbildung, Erwerbsleben, Pendlermobilität, Haushalten und Familien bis zu den Wohngebäuden und Wohnverhältnissen.

Das neue Volkszählungssystem

Das BFS hat ab 2010 Schritt für Schritt ein neues Volkszählungssystem eingeführt. Es verzichtete damit auf die nur alle 10 Jahre mit Fragebogen durchgeführte Vollerhebung bei der Bevölkerung, den Gebäudeeigentümern und den Immobilienverwaltungen. Das neue System beruht auf Registererhebungen, die vorhandene Verwaltungsdaten auswerten.

Dafür nutzt das BFS die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister, die Bundespersonenregister sowie das eidgenössische Gebäude- und Wohnungsregister. Mit den Registererhebungen produziert das BFS vierteljährliche sowie jährliche Statistiken zu Bestand und Struktur der Wohnbevölkerung für alle Gemeinden, die durch eine jährliche Haushaltsstatistik vervollständigt werden. Ebenfalls jährlich wird die gemeindeweise Statistik zu Bestand und Struktur der Wohngebäude und Wohnungen hergestellt.

Nur noch die notwendigen Informationen, die nicht in einem Register geführt werden, müssen mit ergänzenden Stichproben-erhebungen erfragt werden:

- mit einer jährlichen Strukturerhebung bei mindestens 200'000 Personen. Befragt werden Personen ab 15 Jahren, die in einem Privathaushalt leben. Kantone und Städte können die Stichprobe für ihr Gebiet vergrössern;
- mit thematischen Erhebungen bei 10'000 bis 40'000 Personen (fünf Themen, abwechselnd eines pro Jahr), welche die Themen der Strukturerhebung vertiefen;
- mit einer Omnibus-Erhebung bei Bedarf zu aktuellen Themen bei 3000 Personen.

In dieser Publikation werden Daten aus der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP), aus der Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS) sowie der Strukturerhebung (SE) verwendet. Berücksichtigt wird dabei die ständige Wohnbevölkerung der Schweiz. Für zeitliche Vergleiche werden Daten aus den früheren Volkszählungen herbeigezogen.

Die Strukturerhebung ist eine Stichprobe, ihre Ergebnisse sind hochgerechnet und mit einer gewissen Ungenauigkeit behaftet. Diese wird mittels Vertrauensintervall ausgewiesen.

Kumulierte Daten der Strukturerhebung (Datenpooling)

Unter Datenpooling versteht man das Zusammenlegen der Datensätze von Erhebungen.

Mit den zusammengelegten resp. kumulierten Datensätzen der Strukturerhebungen 2010–2012 oder 2012–2014 (sogenanntes «dreijähriges Pooling») stehen den regionalen Statistikämtern und der Wissenschaft und Forschung neue Datensätze zur Verfügung. Sie erlauben kleinräumige Auswertungen bis auf Stufe von Gemeinden mit 5000 Einwohnern. Mit dem gepoolten fünfjährigen Datensatz der Strukturerhebungen 2010–2014, der anfangs 2016 verfügbar wurde, können statistische Auswertungen für Gemeinden bis 3000 Personen erstellt werden.

1 Bevölkerungsstand und -struktur

Seit 1932 hat sich die Schweizer Bevölkerung verdoppelt. Der Anteil der älteren und hoch betagten Personen an der Bevölkerung nimmt zu. Rund ein Viertel der Bevölkerung hat eine ausländische Staatsangehörigkeit.

1.1 Ständige Wohnbevölkerung

Die Bevölkerung der Schweiz hat sich zwischen 1932 und 2014 verdoppelt. Sie ist in gut 80 Jahren von 4,1 Mio. Personen auf 8,2 Mio. angestiegen. Dabei hat sich die ständige Wohnbevölkerung in den Kantonen sehr unterschiedlich entwickelt. Zürich (1,4 Mio.) und Bern (1 Mio.) gehören zu den bevölkerungsreichsten Kantonen der Schweiz. Es folgen Waadt mit 761'000 und Aargau mit 645'000 Einwohnern. Die Kantone St. Gallen (496'000) und Genf (477'000) weisen 2014 ebenfalls eine grosse Bevölkerungszahl aus.

In der Schweiz leben generell mehr Frauen als Männer. Es gibt aber Unterschiede zwischen den Kantonen. So leben im Kanton Uri mehr Männer (18'400) als Frauen (17'600). Auch in den Kantonen Aargau, Appenzell Innerrhoden, Appenzell Ausserrhoden, Glarus, Zug, Obwalden und Nidwalden sowie Thurgau ist der Männeranteil höher (vgl. Tabelle T 1.1). In den anderen Kantonen bilden die Frauen jeweils die Mehrheit.

Ständige Wohnbevölkerung der Kantone, 2014 T 1.1

	Total	Männer	Frauen
Schweiz	8 237 666	4 073 880	4 163 786
 Zürich	1 446 354	717 702	728 652
 Bern	1 009 418	494 008	515 410
 Luzern	394 604	195 965	198 639
 Uri	36 008	18 399	17 609
 Schwyz	152 759	78 152	74 607
 Obwalden	36 834	18 693	18 141
 Nidwalden	42 080	21 481	20 599
 Glarus	39 794	20 136	19 658
 Zug	120 089	60 633	59 456
 Freiburg	303 377	151 587	151 790
 Solothurn	263 719	131 036	132 683
 Basel-Stadt	190 580	91 760	98 820
 Basel-Landschaft	281 301	137 719	143 582
 Schaffhausen	79 417	39 111	40 306
 Appenzell A.Rh.	54 064	27 271	26 793
 Appenzell I.Rh.	15 854	8 121	7 733
 St. Gallen	495 824	247 516	248 308
 Graubünden	195 886	97 752	98 134
 Aargau	645 277	323 221	322 056
 Thurgau	263 733	132 602	131 131
 Tessin	350 363	170 541	179 822
 Waadt	761 446	373 187	388 259
 Wallis	331 763	164 399	167 364
 Neuenburg	177 327	86 540	90 787
 Genf	477 385	230 606	246 779
 Jura	72 410	35 742	36 668

Quelle: BFS – Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP)

© BFS 2016

1.2 Demografische Alterung

Der Anteil der älteren Personen hat in den letzten hundert Jahren stark zugenommen. Diese als demografische Alterung bezeichnete Entwicklung ist das Ergebnis von Geburt, Migration und Tod. In der Grafik G1.1 wird die Entwicklung der Alterung seit 1900 nachgezeichnet. Der Anteil der jungen Personen (0–19 Jahre) hat seit Anfang des letzten Jahrhunderts stark abgenommen (–21 Prozentpunkte), während der Anteil der älteren Personen (ab 65 Jahren) stetig angewachsen ist (+12 Prozentpunkte). Die geringste Veränderung ist bei den 20- bis 64-Jährigen zu beobachten (+8 Prozentpunkte).

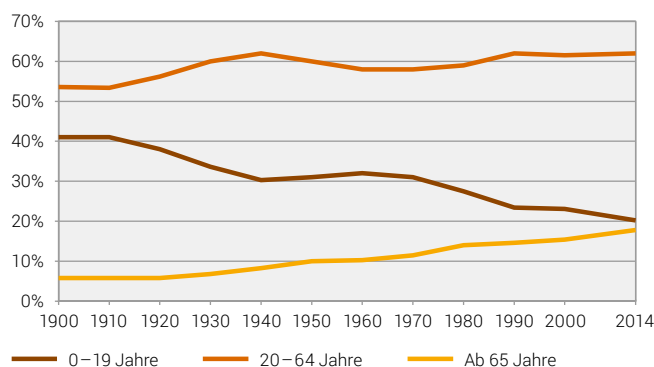
Im Verlaufe des 20. Jahrhunderts wurden die Personen durchschnittlich älter, insbesondere starben immer weniger Kinder, und die Sterblichkeit bei den älteren und hoch betagten Personen nahm ab. Zudem nahmen auch die Geburtenraten stark ab.

Das Resultat der oben erwähnten demografischen Ereignisse lässt sich im Altersaufbau ablesen (Grafik G1.2). Der Altersaufbau glich im Jahr 1900 einer Pyramide: die jüngeren Jahrgänge bilden die Basis. Seither hat sich dessen Form stark verändert. Der Schwerpunkt des Altersaufbaus ist heute bei den 45- bis 55-Jährigen. Heute geht man davon aus, dass die Sterblichkeit bei den älteren Personen weiterhin abnehmen, die Lebenserwartung daher zunehmen wird. Die Bevölkerungsszenarien des BFS gehen davon aus, dass die Alterung

weiter zunimmt. Dies bedeutet, dass sich die Spitze der Alterspyramide weiter verbreitern wird, sobald die geburtenreichen Jahrgänge in die höheren Altersklassen eintreten. Der Altersquotient, d. h. die Anzahl der 65-Jährigen und Älteren pro 100 20- bis 64-Jährige, wird im Laufe der kommenden Jahrzehnte rasch ansteigen.

Entwicklung der Anteile der Personen unter 20, der 20- bis 64-Jährigen und der Personen ab 65 an der ständigen Wohnbevölkerung

G 1.1



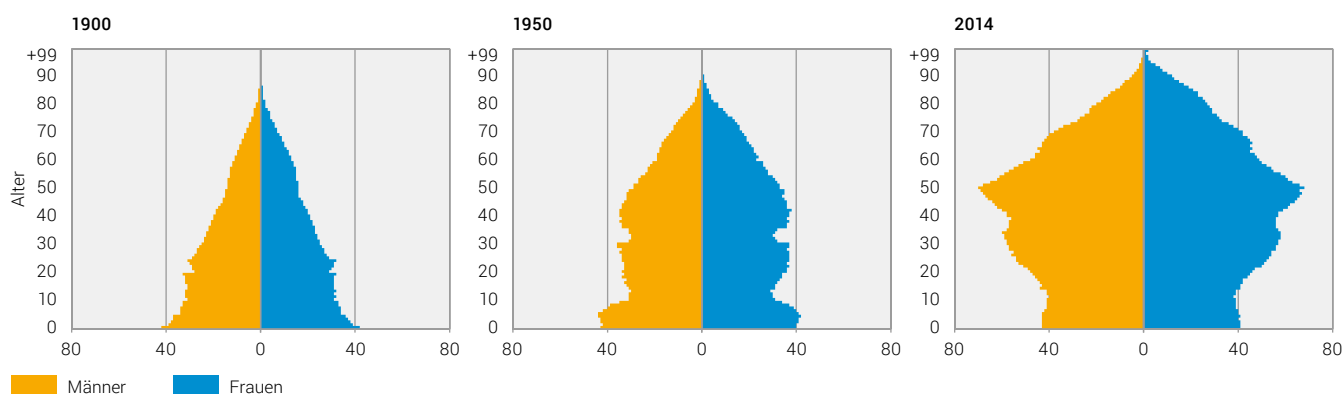
Quellen: BFS – Statistik des jährlichen Bevölkerungsstandes (ESPOP), Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP)

© BFS 2016

Altersaufbau der Bevölkerung, 1900, 1950 und 2014

Anzahl Personen in Tausend

G 1.2



Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP)

© BFS 2016

1.3 Staatsangehörigkeit

Die Kantone unterscheiden sich stark in Bezug auf die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Staatsangehörigkeit. Die Kantone mit dem höchsten Anteil an ausländischen Einwohnerinnen und Einwohnern sind Genf (41%), Basel-Stadt (35%) und Waadt (33%). Appenzell I. Rh. weist mit 11% den geringsten Anteil an ausländischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern aus, gefolgt von den Kantonen Jura, Nidwalden und Obwalden (mit Anteilen von rund 15%).

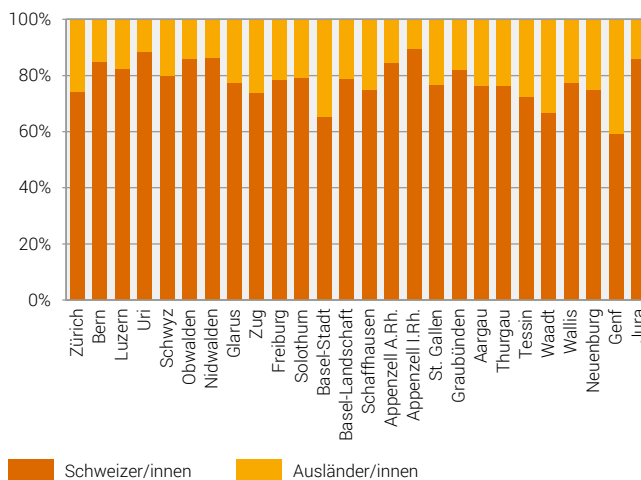
1.4 Alter und Geschlecht

Die ständige Wohnbevölkerung setzt sich 2014 aus 4,2 Mio. Frauen und 4,1 Mio. Männern zusammen. Im selben Jahr wurden etwas mehr Knaben (44'000) als Mädchen (42'000) geboren.

Bis zum Alter von 19 Jahren sind die Knaben und jungen Männer in der Überzahl. Zwischen 20 und 39 Jahren gleicht sich das Geschlechterverhältnis aus, mit jeweils 1,1 Mio. Männern und Frauen. Die 40- bis 64-jährige Bevölkerung weist wieder etwas mehr Männer (1,5 Mio.) als Frauen (1,4 Mio.) aus. Hingegen erhöht sich der Anteil der Frauen ab dem Rentenalter. Dies ist auf die höhere Sterblichkeit der Männer zurückzuführen und gilt insbesondere auch für die über 80-Jährigen.

Ständige Wohnbevölkerung nach Kanton und Staatsangehörigkeit, 2014

G 1.3

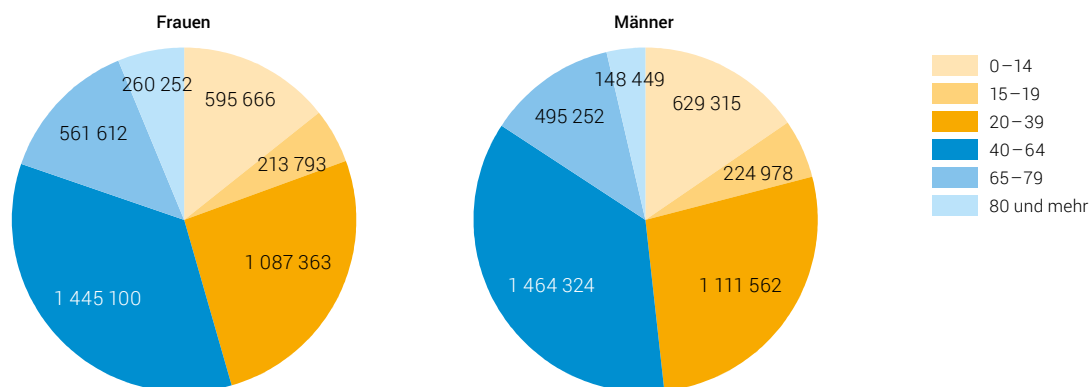


Quelle: BFS – Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP)

© BFS 2016

Ständige Wohnbevölkerung nach Altersgruppe und Geschlecht, 2014

G 1.4

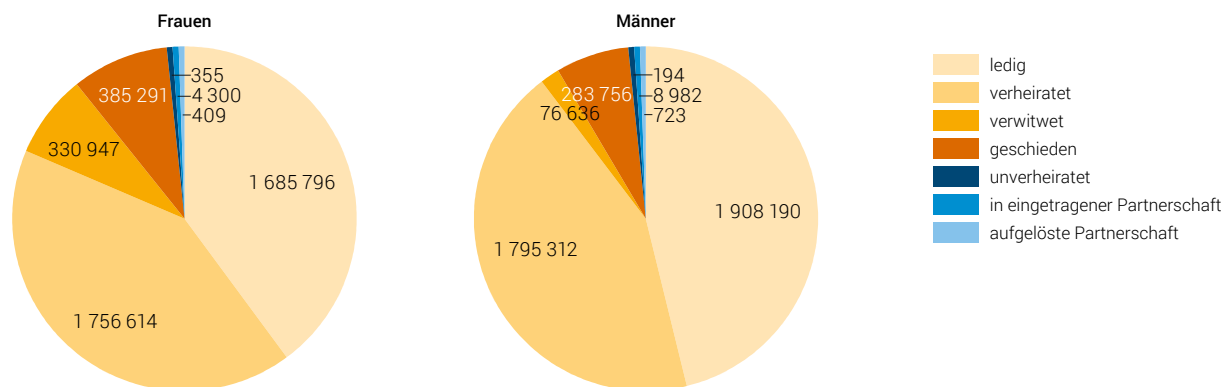


Quelle: BFS – Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP)

© BFS 2016

Ständige Wohnbevölkerung nach Zivilstand und Geschlecht, 2014

G 1.5



Quelle: BFS – Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP)

© BFS 2016

1.5 Ständige Wohnbevölkerung nach Zivilstand und Geschlecht

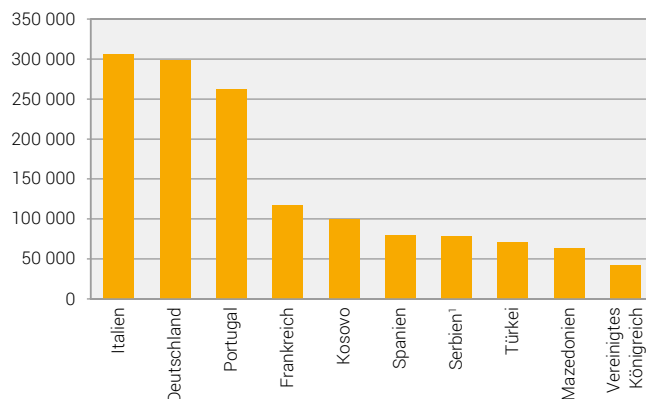
Bei der ständigen Wohnbevölkerung hat sich der Anteil der verheirateten Personen in den letzten Jahren kaum verändert. Insgesamt stehen 1,7 Mio. ledige Frauen rund 1,8 Mio. Ehefrauen gegenüber. Bei den Männern überwiegen mit 1,9 Mio. die Ledigen gegenüber 1,8 Mio. Ehemännern.

1.6 Top 10 der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung

Rund ein Viertel der ständigen Wohnbevölkerung der Schweiz ist ausländischer Staatsangehörigkeit. Zu den Top 10 Nationalitäten der ständigen ausländischen Bevölkerung gehören Italien (306'000), Deutschland (298'000), Portugal (263'000), Frankreich (117'000), Kosovo (100'000), Spanien (80'000), Serbien (78'000), Türkei (70'000), Mazedonien (64'000) und Vereinigtes Königreich (42'000).

Top 10 der ständigen ausländischen Wohnbevölkerung, 2014

G 1.6



¹ Inkl. Personen, die noch nicht einem Nachfolgestaat des ehemaligen Serbien und Montenegro zugeteilt werden können.

Quelle: BFS – Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP)

© BFS 2016

2 Haushalte und Familien

Die Zahl der Privathaushalte hat seit 1970 stärker zugenommen als die Bevölkerung. Seit 2000 jedoch wuchs die Bevölkerung leicht stärker als die Haushalte, deshalb sind die Haushalte heute im Durchschnitt etwas grösser als vor 15 Jahren. Heute lebt in der Schweiz jede sechste Person alleine, in den Städten sind es etwas mehr, auf dem Land etwas weniger. Die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung lebt noch immer im Familienverbund. Fast zwei von zehn Kindern leben mit nur einem leiblichen Elternteil zusammen: entweder in einer Patchworkfamilie oder allein mit der Mutter oder dem Vater.

2.1 Jede sechste Person lebt alleine

Ende 2014 lebten 8,1 Mio. Personen in 3,6 Mio. Privathaushalten. Rund ein Drittel der Privathaushalte (35%) sind Einpersonenhaushalte. Fast jede sechste Person (16%) lebt in der Schweiz alleine. Der Anteil der allein oder zu zweit lebenden Personen nimmt gegenüber den Familienhaushalten mit Kindern seit den 1970-Jahren zu (siehe Kapitel 2.2). Die Entwicklung hin zu kleineren Haushalten hat hauptsächlich in den Jahren zwischen 1970 und 1990 stattgefunden. 1970 lebten 7% der Personen alleine, 1980 waren es 11% und im Jahr 2000 wie heute 16%. Seit dem Jahr 2000

haben sich die Anteile fast nicht mehr verändert. Da die Bevölkerung seit 2000 um 15% wuchs, die Haushalte aber nur um 13%, sind die Haushalte heute im Durchschnitt ein wenig grösser als im Jahr 2000 (2,20 Personen je Privathaushalt, heute 2,25 Personen).

Es gibt allerdings regionale Unterschiede. So sind die Haushalte in der französischen (2,28 Personen) und in der italienischen Schweiz (2,30 Personen) durchschnittlich etwas grösser als in der Deutschschweiz (2,06 Personen). Zudem beobachtet man, dass die Haushalte in den grossen, städtischen Gemeinden kleiner sind als in den kleineren, ländlichen Gemeinden (S. T.2.1).

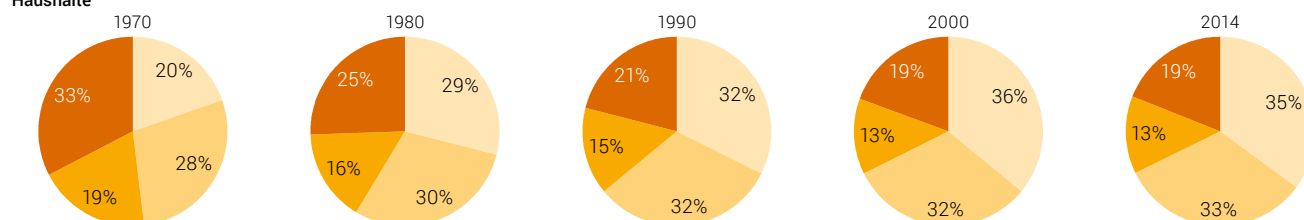
Beachtlich ist der Unterschied bei den Alleinlebenden. In den Grossstädten ist dieser Anteil um sieben Prozentpunkte höher als im Schweizer Durchschnitt, in den kleinsten Gemeinden (weniger als 1000 Einwohner/innen) um vier Prozentpunkte geringer.

Nach wie vor leben in der Schweiz die meisten in einem Haushalt, in dem drei oder mehr Personen zusammenleben. Waren es 1970 74%, so sind es heute noch 56% der Bevölkerung.

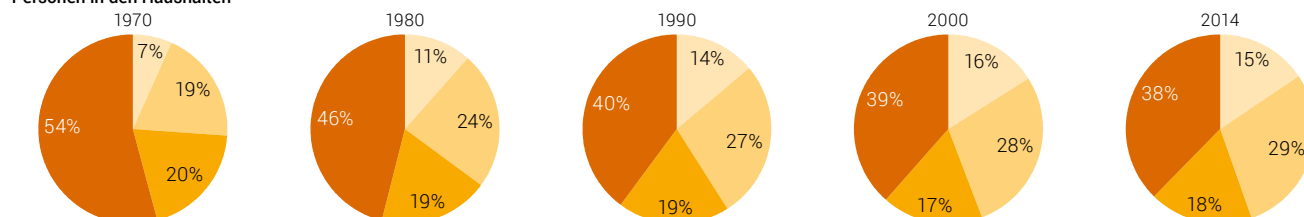
Verteilung der Privathaushalte und deren Bewohner/innen, 1970, 1980, 1990, 2000 und 2014

G 2.1

Haushalte



Personen in den Haushalten



1 Person 2 Personen 3 Personen 4 Personen oder mehr

Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP)

© BFS 2016

Privathaushalte nach Haushaltsgrosse und deren Bewohner/innen in bestimmten Analyseregionen, 2014**T 2.1**

	Total Haus- halte in Tausend	Anteile in %				Total Perso- nen in Tausend	Anteile in %				Durch- schnittliche Grösse des Haushalts
		Einper- sonen- haushalte	Zweipersonen- haushalte	Dreipersonen- haushalte	Vier- oder Mehrpersonenhaushalte		Allein	Zu zweit	Zu dritt	Zu viert oder mehr	
Schweiz	3585	35	33	13	19	8067	16	29	18	38	2,25
Sprachgebiete											
Deutsches Sprachgebiet	2559	35	34	13	19	5720	16	30	17	37	2,24
Französisches Sprachgebiet	851	36	29	14	21	1965	15	25	19	40	2,31
Italienisches Sprachgebiet	165	38	30	15	17	358	17	28	21	34	2,17
Rätoromanisches Sprachgebiet	10	35	32	12	20	23	15	28	16	40	2,27
Gemeindegrösse											
≥ 100'000 Einwohner/innen	541	46	29	12	13	1080	23	29	18	30	2,00
50'000–99'999 Einwohner/innen	133	44	30	12	14	268	22	30	18	30	2,01
20'000–49'999 Einwohner/innen	401	38	32	13	18	876	17	29	18	36	2,19
10'000–19'999 Einwohner/innen	638	35	33	13	19	1428	16	29	18	37	2,24
5000–9999 Einwohner/innen	627	32	34	14	20	1448	14	29	18	39	2,31
2000–4999 Einwohner/innen	752	30	34	14	21	1777	13	29	18	41	2,36
1000–1999 Einwohner/innen	294	29	34	14	23	708	12	29	18	42	2,41
< 1000 Einwohner/innen	200	29	35	14	23	481	12	29	17	42	2,41

Quelle: BFS – Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP)

© BFS 2016

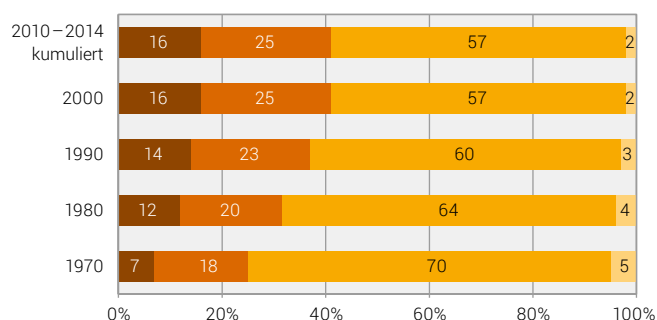
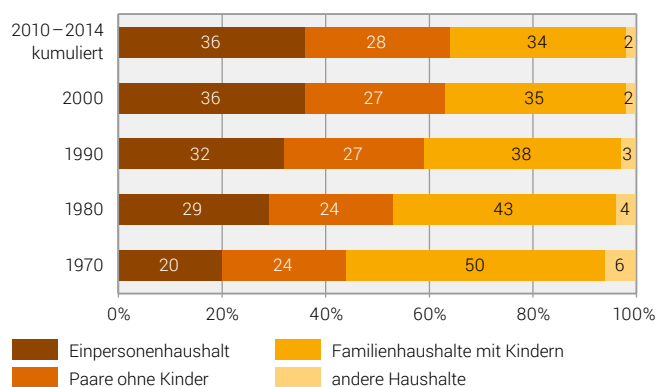
2.2 Die Mehrheit lebt nach wie vor in Familien

Parallel zur Zunahme der Ein- und Zweipersonenhaushalte ist der Anteil der Familienhaushalte mit Kindern seit 1970 stark zurückgegangen. Damals lebten noch in 50% der Haushalte Kinder, was 70% der Bevölkerung ausmachte. Der Rückgang verlangsamte sich ab 1990, und die Situation ist seit dem Jahr 2000 nahezu stabil. Heute leben in etwas mehr als einem Drittel der Privathaushalte Kinder. Insgesamt leben in diesen Haushalten 57% der Bevölkerung.

2.3 Schweizer/innen wohnen in kleineren Haushalten als Ausländer/innen

1,3 Mio. Schweizerinnen und Schweizer und 0,3 Mio. Ausländerinnen und Ausländer leben alleine. Bei den ersteren macht dies 21% aus, bei den letzteren 15%.

Generell leben Ausländerinnen und Ausländer in grösseren Haushalten und haben auch mehr Kinder in den Haushalten (G2.3). Der Anteil der Haushalte mit Kindern ist bei diesen Haushalten grösser (62% der Mehrpersonenhaushalte) als in den ausschliesslich schweizerischen (50% der Mehrpersonenhaushalte). Gemischt-nationale Haushalte positionieren sich dazwischen (56% der Mehrpersonenhaushalte). Dies erklärt sich hauptsächlich dadurch, dass die ausländische Bevölkerung jünger ist als die schweizerische.

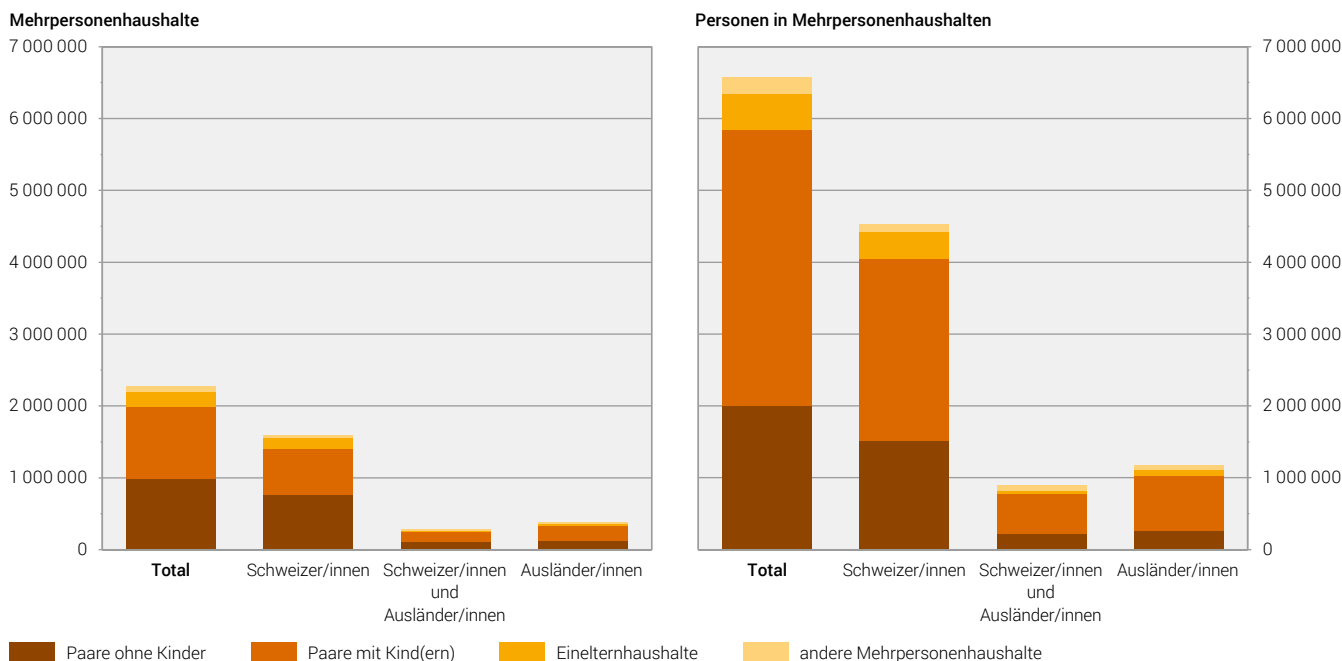
Haushalte und Personen in Privathaushalten nach Haushaltstyp seit 1970**G 2.2****Personen****Haushalte**

Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

Mehrpersonenhaushalte und die darin lebenden Personen nach Haushaltstyp und Staatsangehörigkeit, 2010–2014 kumuliert

G 2.3



© BFS 2016

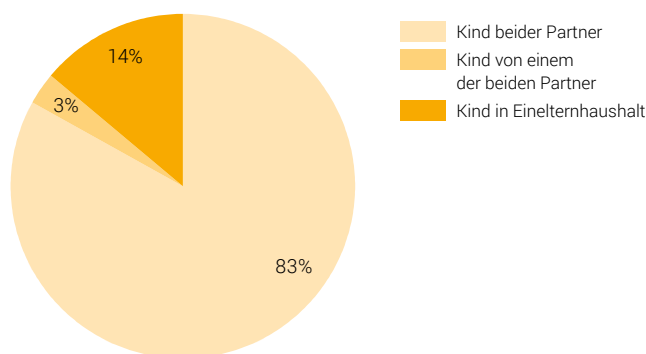
2.4 Mehr als acht von zehn Kindern leben mit beiden Eltern zusammen

Die Strukturhebung erlaubt seit 2010, zwischen Patchwork- und Erstfamilien zu unterscheiden. Im Folgenden beschränken wir uns auf Familien mit Kindern unter 25 Jahren.

83% der fast 1,9 Mio. Kinder leben mit ihren beiden leiblichen Eltern zusammen, 3% in einer Patchworkfamilie und die restlichen 14% bei einem Elternteil. Leben sie mit beiden Eltern zusammen, so sind 95% der Eltern verheiratet, die restlichen 5% der Eltern leben im Konkubinat. Bei den Eielfernhaushalten leben vier Fünftel der Kinder bei der Mutter, ein Fünftel beim Vater. Bei den Patchworkfamilien sind 57% der Paare verheiratet und 43% leben im Konkubinat.

Kinder in Einfamilienhaushalten, 2010–2014 kumuliert

G 2.4



© BFS 2016

Die neue Statistik der Privathaushalte und ihre Quellen

Seit der Einführung des neuen Volkszählungssystems im Jahr 2010 stammen die Daten zu den Privathaushalten aus zwei verschiedenen Quellen: Einerseits aus der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte STATPOP, die auf amtlichen Registern basiert und andererseits aus der Strukturhebung. Aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsmethoden können die Zahlen zwischen diesen beiden Quellen leicht abweichen.

STATPOP ist die Referenzquelle für die Anzahl und die Grösse der Privathaushalte und das bis zu einem sehr feinen Regionalisierungsgrad. Die Strukturhebung erlaubt eine Typologisierung der Haushalte unter Berücksichtigung der familiären Beziehungen. Da es sich bei der Strukturhebung um eine Stichprobenerhebung handelt, ist die Genauigkeit geringer und der Regionalisierungsgrad begrenzt.

2.5 Der Anteil der Kinder an der Gesamtbevölkerung nahm in den letzten 40 Jahren ab

Mit der Alterung der Bevölkerung nimmt der Anteil der Kinder in der Gesamtbevölkerung ab. Schweizweit hat dieser Anteil seit 1970 von 32% auf 27% abgenommen. Dies ist in fast allen heutigen 148 Bezirken mehr oder weniger der Fall. In acht von zehn Waadtländer Bezirken, in drei von sechs Neuenburger Bezirken und im Kanton Genf hat der Anteil der Kinder jedoch nicht

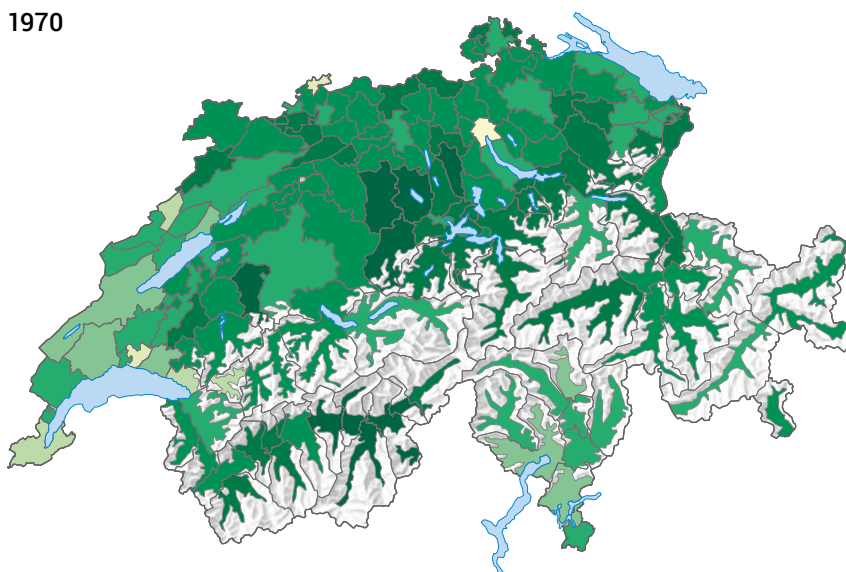
ab-, sondern leicht zugenommen. Die stärksten Rückgänge sind in den ländlichen, traditionell katholischen Bezirken in der Inner- und Ostschweiz und im Wallis zu verzeichnen.

Generell gleichen sich die Regionen in der Schweiz mit der Zeit an. Die Differenz zwischen dem Bezirk mit dem höchsten Anteil (1970: Bezirk Visp mit 44%; heute: District de la Glâne mit 34%) und dem Bezirk mit dem tiefsten Anteil (1970 und heute: Stadt Zürich mit 23% resp. 20%) wird bedeutend kleiner. 1970 war diese Differenz bei 22 Prozentpunkten, heute ist sie bei 13 Prozentpunkten.

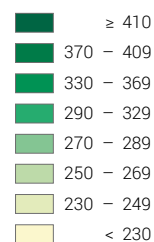
Anteil Kinder an der Gesamtbevölkerung

G 2.5

1970

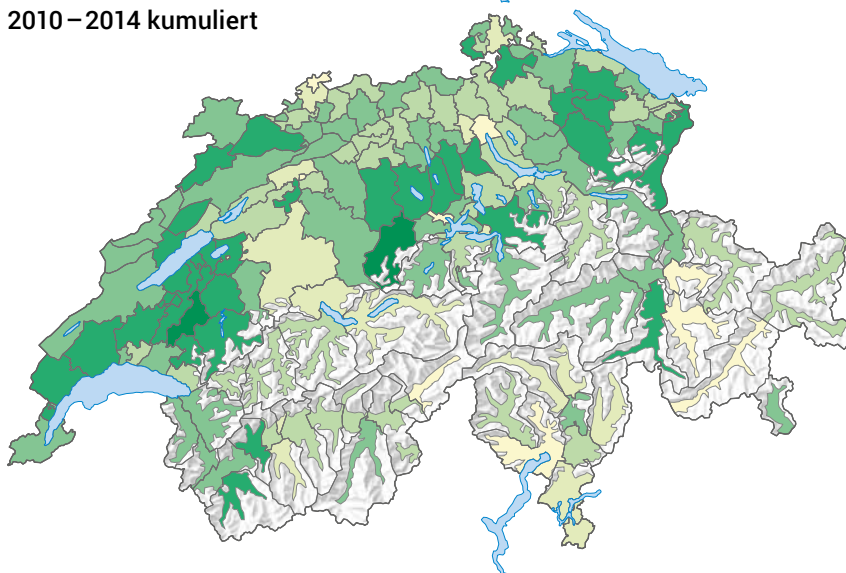


Kinder pro 1000 Einwohner/innen

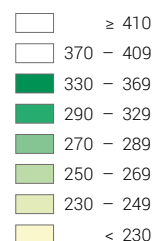


CH: 319

2010–2014 kumuliert



Kinder pro 1000 Einwohner/innen



CH: 266

0 25 50 km

Raumgliederung: Bezirke

Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

3 Gebäude und Wohnungen

Ende 2014 zählte die Schweiz 1,7 Mio. Gebäude mit Wohnnutzung. Dieser Gebäudepark bestand zu 57% aus Einfamilienhäusern. Der Gesamtwohnungsbestand umfasste 4,3 Mio. Wohnungen, die sich grösstenteils in Mehrfamilienhäusern befanden.

3.1 Gebäude mit Wohnnutzung

Ende 2014 umfasste der Gebäudepark der Schweiz 1,7 Mio. Gebäude mit Wohnnutzung, davon die Hälfte in den fünf bevölkerungsreichsten Kantonen (ZH, BE, VD, AG und SG).

Sechs von zehn Gebäuden waren Einfamilienhäuser. Der Trend zu dieser Gebäudekategorie ist ungebrochen: 70% aller seit 2000 erbauten Gebäude mit Wohnnutzung sind Einfamilienhäuser. Ihr Anteil nahm bis 2010 zu und erfuhr bis 2014 einen leichten Rückgang. Das stärkste Wachstum wurde in den 1970er- und 1980er-Jahren verzeichnet.

Gesamtschweizerisch zeigen die Statistiken einen wenig verdichteten Wohnraum. Fast jedes zweite Einfamilienhaus wird von einer oder zwei Personen bewohnt. Nur in 9% der Einfamilienhäuser leben mehr als vier Personen. Die Hälfte der Bevölkerung lebt in Gebäuden mit einer bis vier Wohnungen und davon fast ein Drittel in einem Gebäude mit nur einer Wohnung (Einfamilienhaus, aber auch Wohngebäude mit Nebennutzung sowie Gebäude mit teilweiser Wohnnutzung mit einer einzigen Wohnung). Ein Viertel der Schweizer Bevölkerung wohnt in Gebäuden mit zehn oder mehr Wohnungen.

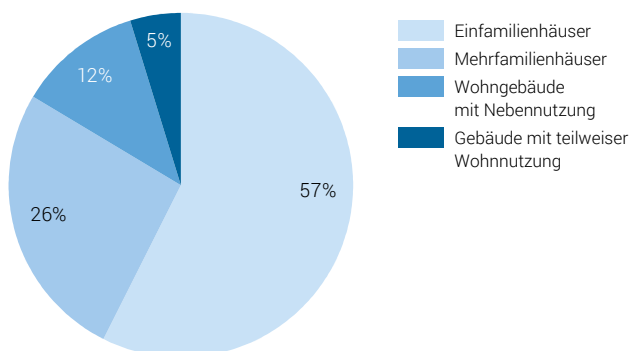
Gebäude mit Wohnnutzung

Diese Kategorie beinhaltet:

- Reine Wohngebäude, d. h. Gebäude, die ausschliesslich aus Wohnungen bestehen.
- Wohngebäude mit Nebennutzung, d. h. Gebäude, die hauptsächlich Wohnzwecken dienen.
- Gebäude mit teilweiser Wohnnutzung, d. h. für Kollektivhaushalte bestimmte Gebäude (Hotels, Spitäler usw.) sowie Gebäude, die hauptsächlich anderen als Wohnzwecken dienen, unter der Bedingung, dass diese über mindestens eine Wohnung oder separate Wohnräume verfügen.

Gebäude mit Wohnnutzung
nach Gebäudekategorie, 2014

G 3.1

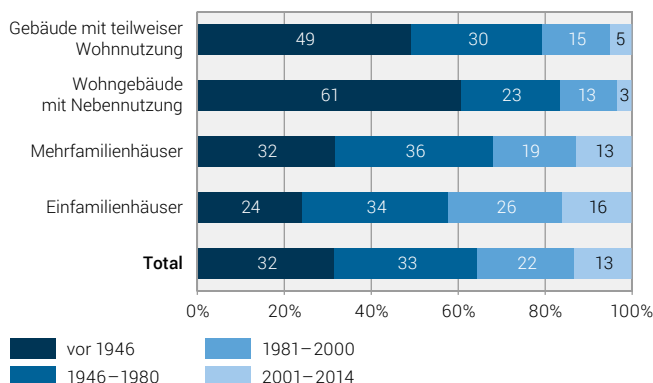


Quelle: BFS – Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS)

© BFS 2016

Verteilung der Gebäude nach Gebäudekategorie und Bauperiode, 2014

G 3.2



Quelle: BFS – Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS)

© BFS 2016

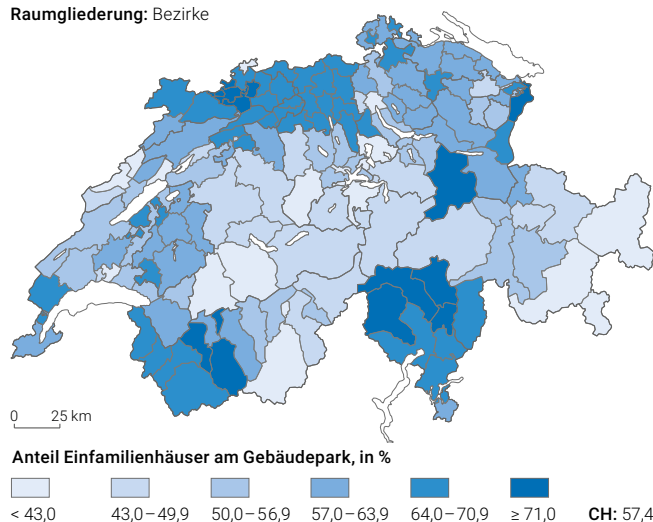
Auf die Grösse der Gebäude bezogen kann beobachtet werden, dass 94% der Gebäude mit Wohnnutzung weniger als fünf Geschosse aufweisen. 5% haben fünf oder sechs Geschosse und nur rund 24'000 Gebäude sind mehr als sechs Geschosse hoch.

Der Park an Gebäuden mit Wohnnutzung ist relativ alt. 43% aller Gebäude wurden vor 1961 gebaut. In ihnen wohnen 35% der Schweizer Bevölkerung. Eine Analyse nach Gebäudekategorie zeigt, dass der Anteil der vor 1961 gebauten Einfamilienhäuser vergleichsweise gering ausfällt (35%), wohingegen die anderen Gebäudekategorien einen höheren Anteil an alten Gebäuden aufweisen.

Einfamilienhäuser 2014

G 3.3

Raumgliederung: Bezirke



Quelle: BFS – Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS)

© BFS 2016

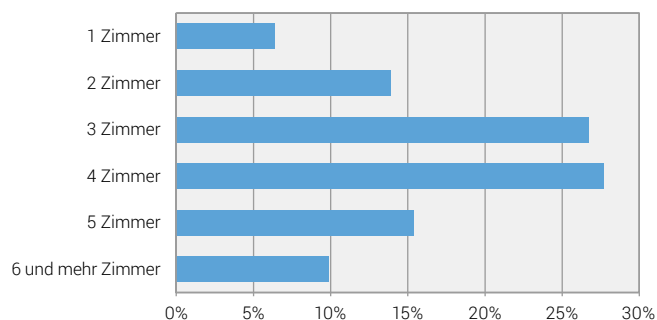
3.2 Wohnungen

Der Gesamtwohnungsbestand der Schweiz umfasst 2014 rund 4,3 Mio. Wohnungen. Wie bei den Gebäuden sind auch bei den Wohnungen etwas mehr als die Hälfte in den fünf bevölkerungsreichsten Kantonen (ZH, BE, VD, AG und SG) zu finden. Über die Hälfte des Bestandes sind Wohnungen mit drei oder vier Zimmern. Etwa ein Viertel der Wohnungen sind grösser und ein Fünftel sind kleiner. Diese Anteile weisen je nach Typologie starke kommunale Unterschiede auf.

Mehr als die Hälfte der Schweizer Bevölkerung lebt in Wohnungen mit drei oder vier Zimmern (22% bzw. 32%). Jede fünfte Person lebt in einer 5-Zimmer-Wohnung und 11% der Bevölkerung leben in Wohnungen mit einem oder zwei Zimmern. Diese Kategorie macht 20% des Bestandes aus. 3- und 4-Zimmer-Wohnungen stellen 54% des Gesamtbestandes dar, Wohnungen mit 5 Zimmern 15%. Bei den nach 1970 gebauten Wohnungen kann festgestellt werden, dass ihre Grösse tendenziell zunimmt. Der Anteil der 3-Zimmer-Wohnungen geht zugunsten von 5-Zimmer-Wohnungen kontinuierlich zurück. In der Bauperiode 2001–2014 waren die 4- und 5-Zimmer-Wohnungen in der Mehrheit (57%).

Wohnungen nach Zimmerzahl, 2014

G 3.4



Quelle: BFS – Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS)

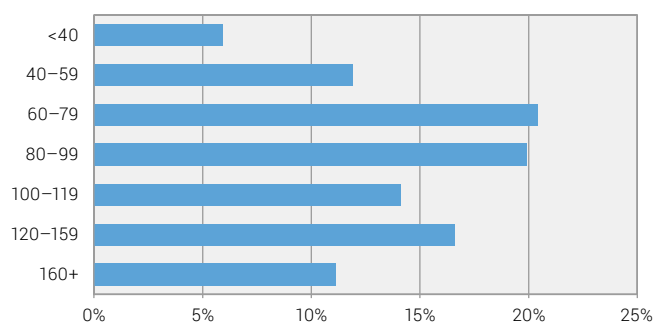
© BFS 2016

Bei der Wohnungsfläche ist die gleiche Tendenz auszumachen. Wohnungen mittlerer Grösse – von 60 bis 119m² – machen mehr als die Hälfte des Gesamtwohnungsbestandes aus. Über ein Viertel der Wohnungen sind grösser und 18% sind kleiner. Gesamtschweizerisch beträgt die durchschnittliche Wohnungsfläche 99 m². Sie ist seit 2000 relativ stabil. Es lässt sich feststellen, dass sie in den städtischen Kernen tendenziell niedriger ist (93 m²) als in ländlichen Gemeinden ohne städtischen Charakter (102 m²).

Die durchschnittliche Wohnungsfläche von Einfamilienhäusern ist umso grösser, je neuer die Gebäude sind (131 m² für Häuser aus der Bauperiode 1946–1980, 152 m² bei Bauperiode 1981–2000 und 168 m² nach 2000). Diese Beobachtung gilt auch für Wohnungen in Mehrfamilienhäusern (76 m² bei Bauperiode 1946–1980, 93 m² bei Bauperiode 1981–2000 und 109 m² bei Bauperiode 2000–2014).

Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person stieg leicht von 44 m² im Jahr 2000 auf 45 m² im Jahr 2014 an. Der Unterschied zwischen der durchschnittlichen Pro-Kopf-Wohnfläche in Einfamilienhäusern und jener in Wohnungen von Mehrfamilienhäusern ist in neueren Bauten kleiner als in älteren.

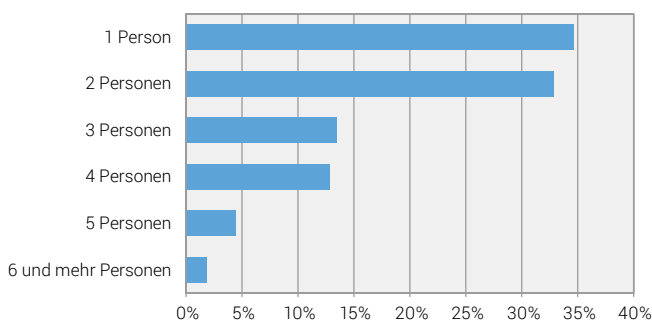
Wohnungen nach Flächenklassen (in m²), 2014 **G 3.5**



Quelle: BFS – Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS)

© BFS 2016

Bewohnte Wohnungen nach der Anzahl Bewohner/innen, 2014 **G 3.6**



Quelle: BFS – Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS)

© BFS 2016

Wohnung

Unter einer Wohnung versteht man die Gesamtheit der Räume, die eine bauliche Einheit bilden und einen eigenen Zugang entweder von aussen oder von einem gemeinsamen Bereich innerhalb des Gebäudes (Treppenhaus) haben. Eine Wohnung im Sinne der Statistik verfügt über eine Koch-einrichtung (Küche oder Kochnische).

4 Wohnverhältnisse

Ende 2014 lebten etwas mehr als ein Drittel der Schweizer Haushalte in ihrer eigenen Wohnung. 2,1 Mio. Haushalte wohnten in einer Mietwohnung und bezahlten durchschnittlich 1348 Franken Monatsmiete.

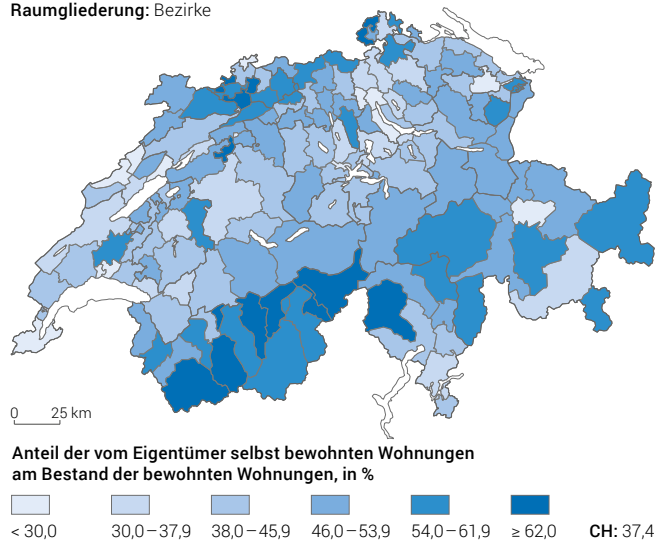
4.1 Mieter- und Eigentümerwohnungen

Die Schweizer Haushalte sind eher Mieter als Eigentümer. Ende 2014 zählte die Schweiz 2,1 Mio. Haushalte, die in einer Mietwohnung lebten, und 1,3 Mio. Haushalte, die in ihrer eigenen Wohnung lebten. Dies entspricht einer Wohneigentumsquote von 37,4%. Diese Quote nimmt seit 1970 kontinuierlich zu und weist starke regionale Unterschiede auf (siehe G 4.1).

Wohneigentumsquote 2014

G 4.1

Raumgliederung: Bezirke

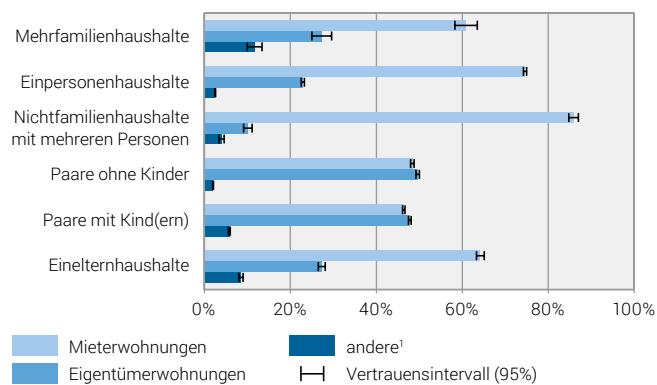


Es besteht eine klare Verbindung zwischen dem Zusammenleben als Paar und dem Erwerb von Wohneigentum (siehe G 4.2): Die Wohneigentumsquote ist bei Paaren mit oder ohne Kinder etwa doppelt so hoch wie bei Einpersonenhaushalten (23%) und bei Einelternhaushalten mit einem oder mehreren Kindern (27%).

Lediglich ein Viertel der Haushalte, die ausschliesslich aus Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren bestehen, sind Eigentümer der Wohnung, in der sie leben. Dieser Anteil erhöht sich auf 43%, wenn der Haushalt mindestens eine Person unter 25 Jahren und mindestens eine andere Person im Alter zwischen 25 und 64 Jahren umfasst. Dabei handelt es sich typischerweise um Familien mit Kindern. Rund die Hälfte der Haushalte, die ausschliesslich aus Personen ab 65 Jahren bestehen, leben in ihrer eigenen Wohnung.

Bewohnte Wohnungen nach Haushaltstyp und Bewohnertyp, 2014

G 4.2



¹ Wohnung wird von einem Verwandten oder Arbeitgeber kostenlos zur Verfügung gestellt, Dienstwohnung (z. B. Abwartwohnung), Pächter/in

Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

Die Wohneigentumsquote hängt auch von der Nationalität der Haushaltsmitglieder ab. Sie ist höher bei Haushalten, in denen sämtliche Mitglieder schweizerischer Nationalität sind (45%) als bei rein ausländischen Haushalten (14%). Bei Haushalten, in denen mindestens eine Person Schweizerin oder Schweizer ist und mindestens eine weitere eine ausländische Nationalität besitzt, beträgt die Wohneigentumsquote 28%.

Die Wohnungsmerkmale unterscheiden sich je nach Bewohnertyp deutlich. Mieterwohnungen sind durchschnittlich älter als Eigentümerwohnungen. Eigentümerwohnungen sind zudem durchschnittlich grösser als Mieterwohnungen. Die durchschnittliche Fläche der Eigentümerwohnungen beträgt 133 m², während sich jene der Mieterwohnungen auf durchschnittlich 83 m² beläuft. Wohnungen mit wenigen Zimmern werden tendenziell eher zur Miete angeboten, während in grossen Wohnungen eher Eigentümerhaushalte leben. Bei Eigentümerwohnungen beträgt die durchschnittliche Wohnfläche pro Person 52 m². Das sind 11 m² mehr als bei Mieterwohnungen. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person nahm unabhängig vom Bewohnertyp seit 1980 zu. Vor 35 Jahren belief sie sich auf 38 m² bei Eigentümerwohnungen und auf 31 m² bei Mieterwohnungen.

4.2 Mietpreise

Werden alle Wohnungsgrössen gemeinsam betrachtet, bezahlen Mieterinnen und Mieter durchschnittlich 1348 Franken Wohnungsmiete pro Monat. Diese Zahl weist starke kantonale Unterschiede auf (siehe G 4.4).

Die 3-Zimmer-Wohnungen sind unter den Mieterwohnungen am stärksten vertreten (36%). Die durchschnittliche Nettomiete beläuft sich auf 1280 Franken.

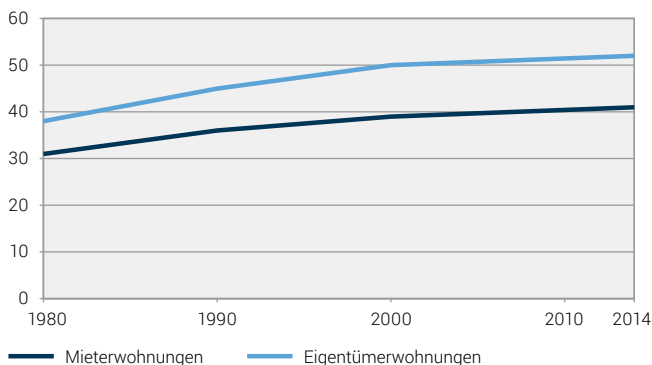
Mieterhaushalte mit mehr als einer Person, in denen alle Mitglieder schweizerischer Nationalität sind, geben im Durchschnitt 1530 Franken pro Monat für ihre Wohnung aus. Die Durchschnittsmiete beläuft sich auf 1536 Franken, wenn mindestens ein Mitglied des Haushalts ausländischer und mindestens eines schweizerischer Nationalität ist. Bei ausländischen Haushalten beträgt die durchschnittliche Monatsmiete 1489 Franken.

Bei der Interpretation der genannten Zahlen gilt es zu beachten, dass Mieterwohnungen von Haushalten mit mehreren Personen, die alle schweizerischer Nationalität sind, im Durchschnitt grösser sind (3,8 Zimmer) als Mieterwohnungen von Haushalten, denen mindestens eine Person schweizerischer und eine andere ausländischer Nationalität angehören (3,6 Zimmer). Die Wohnungen von ausländischen Personen sind durchschnittlich am kleinsten (3,5 Zimmer).

Für eine 4-Zimmer-Wohnung bezahlen Paare ohne Kinder im Durchschnitt leicht mehr (1601 Franken) als Paare mit Kindern (1579 Franken). Einzelpersonen geben am wenigsten für die Miete aus (1446 Franken), wobei ihre 4-Zimmer-Wohnungen durchschnittlich kleiner sind (94 m²) als zum Beispiel jene von Paaren mit Kindern (99 m²). Einelterhaushalte mit Kindern bezahlen durchschnittlich 1452 Franken Miete.

Durchschnittliche Wohnfläche (m²) pro Person nach Haushaltsgrösse, 1980–2014

G 4.3

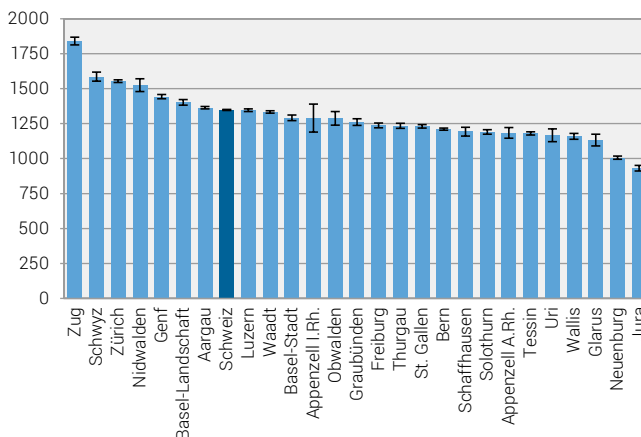


Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

Durchschnittlicher Mietpreis in Franken nach Kanton, 2014

G 4.4



I Vertrauensintervall (95%)

Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

Wohneigentumsquote

Diese Quote entspricht dem Anteil der Eigentümerwohnungen am Bestand der bewohnten Wohnungen.

Mietpreis

Dieser bezeichnet den monatlichen Nettomietpreis, d. h. ohne die Kosten für Heizung, Warmwasser und Garage.

5 Sprachen

Bei den Landessprachen nimmt in den letzten hundert Jahren das Französische leicht zu, das Deutsche leicht ab. Migrationsbedingt nimmt das Italienische bis in die 1970er Jahre stark zu, verliert dann aber an Bedeutung. Das Rätoromanische nimmt anteilmässig ab, die Zahl der Rätoromaninnen und Rätoromanen bleibt jedoch seit den 1970er Jahren bei rund 40'000 stabil.

5.1 Entwicklung der Landessprachen

Die Viersprachigkeit ist für die Schweiz konstitutiv. Deshalb wurde bereits in der Volkszählung 1860 nach der Sprache gefragt.

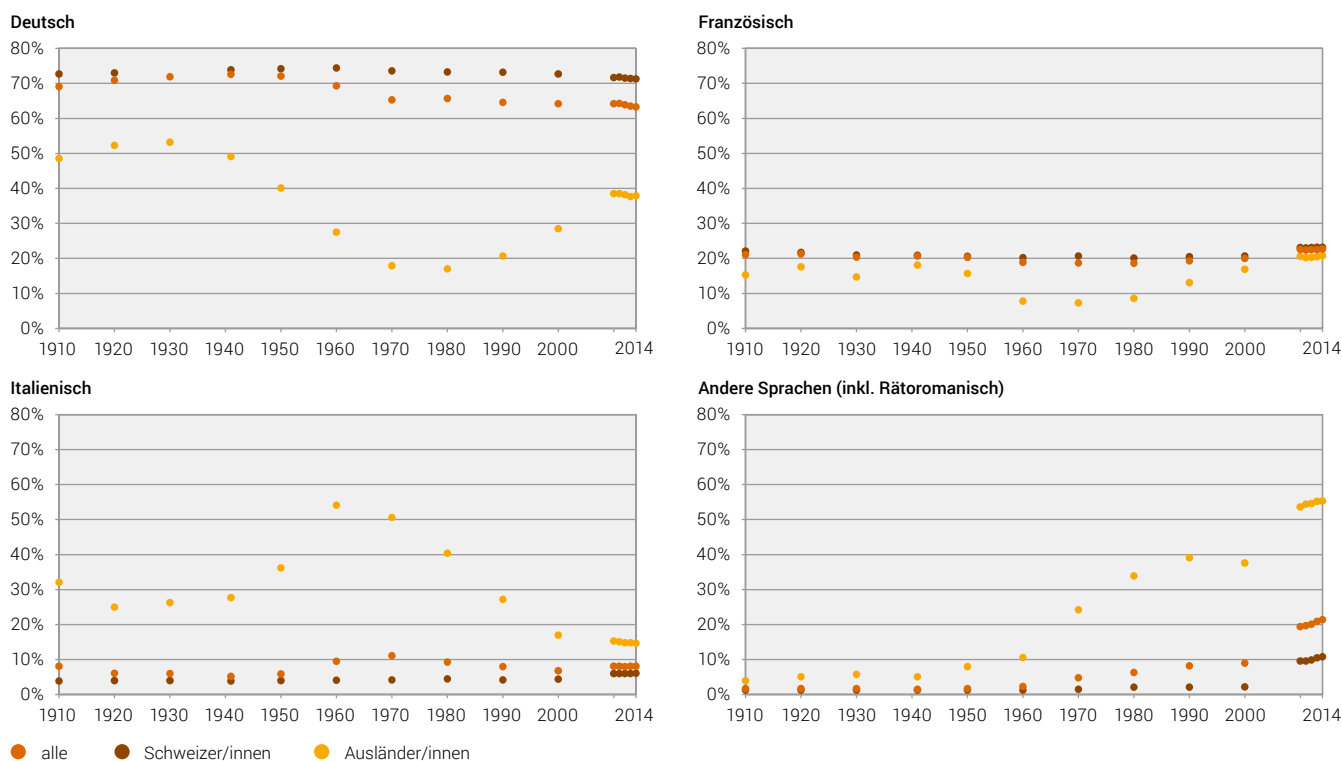
Die Informationen, die aus den Volkszählungen und der Strukturerhebung gezogen werden können, erlauben uns, die Sprachenlandschaft der Schweiz und deren Entwicklung zu zeichnen. Die Informationen aus den Volkszählungen bis 2000

lassen sich nicht direkt mit denen aus den Strukturerhebungen seit 2010 vergleichen: Die befragten Personen der Strukturerhebung können bis zu drei Sprachen angeben; früher war nur eine Antwort möglich.

Dennoch lassen sich gewisse Aussagen zu den Landessprachen machen. Von 1910 bis 2014 ist der Anteil der Personen, die Deutsch, Italienisch und Rätoromanisch bis 2000 als die Hauptsprache oder ab 2010 als eine der Hauptsprachen angegeben haben, insgesamt leicht rückläufig. Von 1910 bis 1941 stieg der Anteil der Deutschsprachigen von 64% auf 73%, um dann bis 2014 kontinuierlich auf 63% zu sinken. Das Italienische nimmt während der italienischen Immigration in den 1950er bis 1970er Jahren zu, um sich danach auf 8% der Bevölkerung zu stabilisieren. Das Rätoromanische nimmt seit 1910 von einem auf ein halbes Prozent ab. Die Kurve für das Französische folgt einer anderen Dynamik: Von 1910 bis 1980 nimmt der Anteil der Frankophonen fast

Die Entwicklung der drei grossen Landessprachen und der weiteren Sprachen in der Schweiz seit 1910

G 5.1

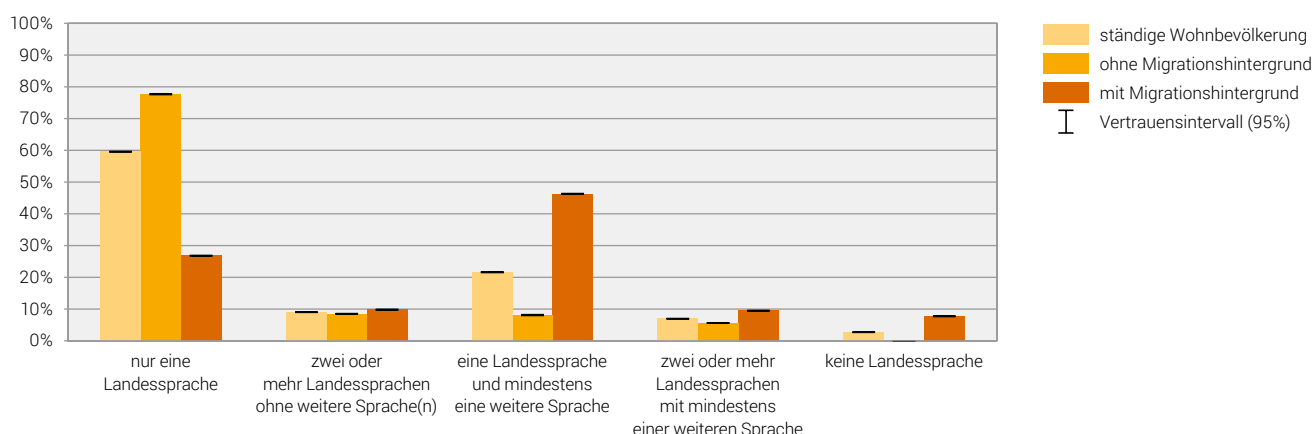


Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

Ein- und Mehrsprachigkeit der Bevölkerung ab 15 Jahren, 2010–2014 kumuliert

G 5.2



Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

kontinuierlich von 21% auf 18% ab. Seither gilt das Umgekehrte: 2014 gaben 23% der Bevölkerung Französisch als Hauptsprache an.

Die Migrationsflüsse zwischen 2000 und 2010 haben die Sprachenvielfalt in der Schweiz erhöht. Der Anstieg der Nicht-Landessprachen lässt sich aber nicht nur damit erklären. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass Personen, die in der Schweiz und deren Eltern im Ausland geboren sind, heute die Möglichkeit der Mehrfachangabe ihrer Sprachen nutzen. In der Vergangenheit haben diese Personen auf Grund des Fragebogens, der nur eine Sprachangabe zuließ, eine der Landessprachen angegeben. Diese Hypothese bestätigt sich, sobald die Mehrsprachigkeit näher betrachtet wird.

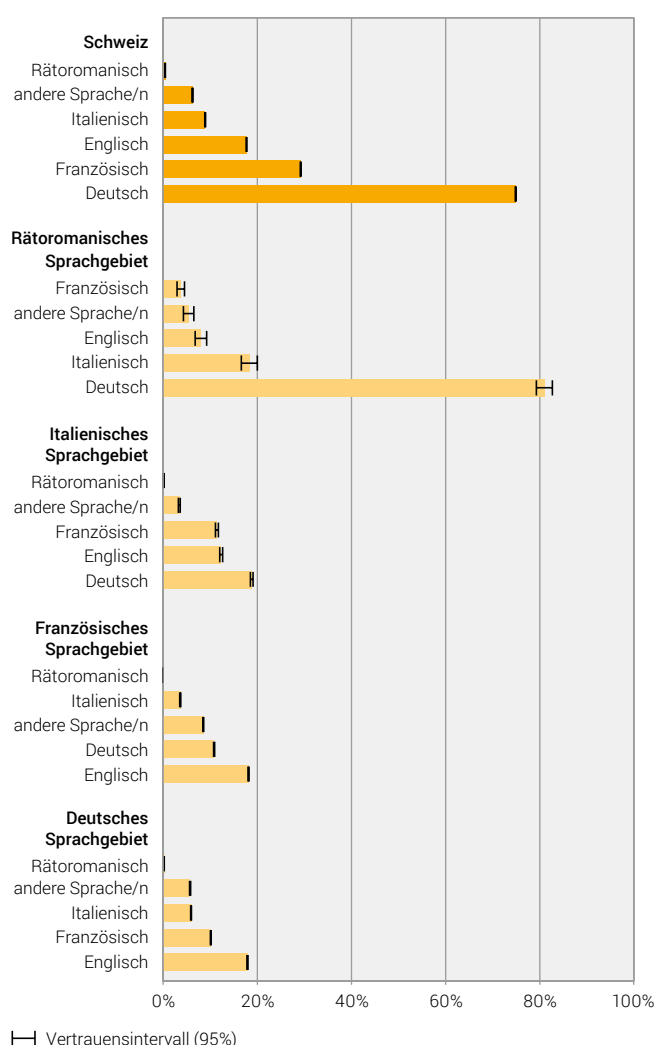
5.2 Viele sprechen nur eine Landessprache

Acht von zehn Personen geben an, nur eine Landessprache im Alltag zu nutzen. Davon spricht rund ein Viertel mindestens eine weitere Nicht-Landessprache.

Nicht erstaunlich ist, dass dieses Ergebnis je nach Migrationshintergrund der Personen anders aussieht: Fast 80% der Personen ohne Migrationshintergrund sind einsprachig und sprechen nur eine Landessprache. 14% verwenden zwei Landessprachen im Alltag und 8% eine Landessprache kombiniert mit mindestens einer Nicht-Landessprache. Bei den Personen mit Migrationshintergrund sieht die Situation ganz anders aus. Fast die Hälfte dieser Personen spricht neben einer Landessprache auch eine weitere Nicht-Landessprache. Fast jede fünfte Person verwendet zwei Landessprachen im Alltag und fast jede 13. Person gar keine Landessprache.

Die Sprachen des Arbeitsmarkts, 2010–2014 kumuliert

G 5.3



Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

5.3 Englisch als wichtige Arbeitssprache

Im Arbeitsumfeld wird in der Schweiz mehrheitlich Deutsch gesprochen (74% der Erwerbstätigen), gefolgt von Französisch (29%), Englisch (18%) und Italienisch (13%). 6% der Erwerbstätigen sprechen bei der Arbeit eine weitere Sprache. 17% der Erwerbstätigen sprechen bei der Arbeit zwei Sprachen, 9% drei und mehr Sprachen.

Ausser in der rätoromanischen Schweiz dominiert bei der Arbeit die für das Sprachgebiet ausschlaggebende Landessprache. Die anderen Landessprachen konkurrieren mit dem Englischen. Zu beobachten ist, dass das Englische auf dem westschweizer und deutschschweizer Arbeitsmarkt mehr Bedeutung hat als in der italienischen und rätoromanischen Schweiz. Dasselbe gilt, weniger ausgeprägt, auch für die weiteren Sprachen. Grafik G5.3 illustriert dies, wobei die jeweilige Landessprache ausgeschlossen wurde.

5.4 Ein Drittel der Rätoroman/innen lebt ausserhalb des rätoromanischen Sprachgebiets

Ein halbes Prozent der Bevölkerung hat in der Strukturerhebung Rätoromanisch als Hauptsprache genannt. Das sind etwas mehr als 40'000 Personen. Rund ein Drittel lebt ausserhalb des traditionell rätoromanischen Sprachgebiets. Die meisten davon in der Ostschweiz und im Grossraum Zürich. In den beiden Bündner Bezirken Inn und Surselva sind sie in der Mehrheit (56% resp. 57%).

In allen anderen Bezirken Graubündens machen sie weniger als 30% der Bevölkerung aus. Ausserhalb Graubündens sind sie nur in zwei St. Galler Bezirken (Sarganserland und Werdenberg) mit mehr als einem halben Prozent vertreten.

Fragestellung zur Sprache

Seit 1860 wird in der Volkszählung nach der Sprache gefragt. Im Verlauf der Zeit wurde die Fragestellung konzeptuell geändert. Bis 1980 wurde nach der Muttersprache gefragt, ab 1990 nach der Hauptsprache. Als Hauptsprache gilt die Sprache, in der die befragte Person denkt und die sie am besten beherrscht. Bis zur Volkszählung 2000 mussten sich mehrsprachige Personen für eine einzige Sprache entscheiden. Seit der Modernisierung der Volkszählung im Jahr 2010 können bis zu drei Sprachen angegeben werden.

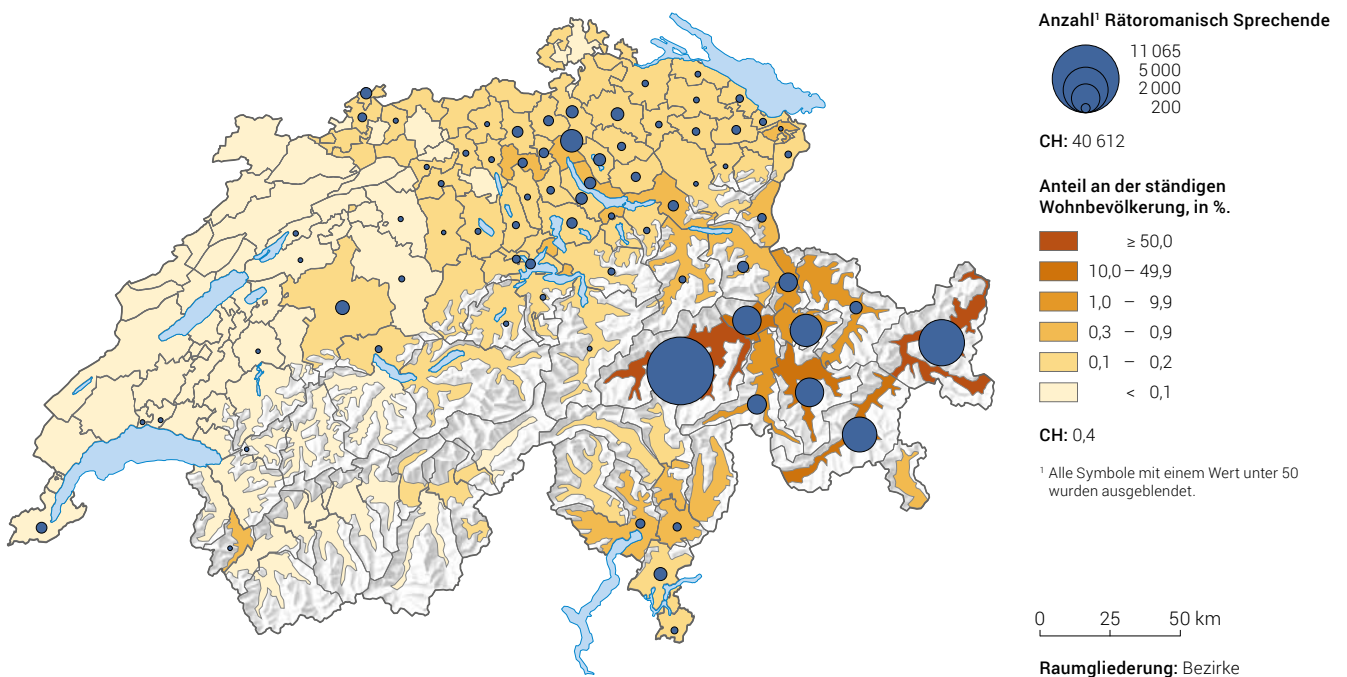
Ab 1990 wird zudem nach den Sprachen gefragt, die man üblicherweise zuhause mit den Angehörigen, am Arbeitsplatz und in der Ausbildung spricht. Im Italienischen und Deutschen kann dabei zwischen Dialekt und Standardsprache unterschieden werden. Das Patois romand wird seit 2010 nicht mehr erfasst.

Mehrsprachigkeit

Für die Mehrsprachigkeit werden die oben erwähnten drei Fragestellungen miteinander ausgewertet. Dabei werden Dialekt und Standardsprache immer als eine Sprache gezählt.

Rätoroman/innen in der Schweiz, 2010–2014 kumuliert

G 5.4



Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

6 Religion

Die Religionslandschaft der Schweiz hat sich seit den 70er Jahren stark gewandelt. Die beiden grossen christlichen Konfessionen, die das religiöse Leben in den letzten 500 Jahren stark prägten, haben sich in den letzten 40 Jahren unterschiedlich entwickelt. Die reformierten Kantonalkirchen haben seit 1970 an Bedeutung verloren. Selbst in historisch reformierten Gebieten hat die Gruppe der Reformierten häufig die Mehrheit verloren. Die römisch-katholische Kirche hat in vielen Landesteilen ebenfalls an Bedeutung verloren, konnte aber die Zahl ihrer Mitglieder schweizweit leicht erhöhen. Von dieser Entwicklung hat hauptsächlich die Gruppe der Konfessionslosen profitiert.

6.1 Die Entwicklung der Konfessionen seit 1970

Seit 1970 wandelt sich die Religionslandschaft in der Schweiz stark. Die beiden grossen christlichen Konfessionen, die reformierten und römisch-katholischen Landeskirchen verlieren an Gewicht. 1970 waren rund 47% der Bevölkerung der Schweiz katholisch und 49% reformiert.

Dieses Bild hat sich bis 2014 verändert. Die katholische Bevölkerung hat zwar von 2,1 Mio. auf 2,6 Mio. Personen zugenommen, ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung ist aber auf 38% gesunken. Sie konnte folglich mit der Bevölkerungsentwicklung nicht mithalten. Bei den Reformierten haben seit 1970 sowohl die Zahl als auch der Anteil abgenommen. 2014 waren noch 1,8 Mio. (1970: 2,2 Mio.) oder 26% der Bevölkerung Mitglied einer reformierten Landeskirche.

Die Religionslandschaft, 2010–2014 kumuliert

T 6.1

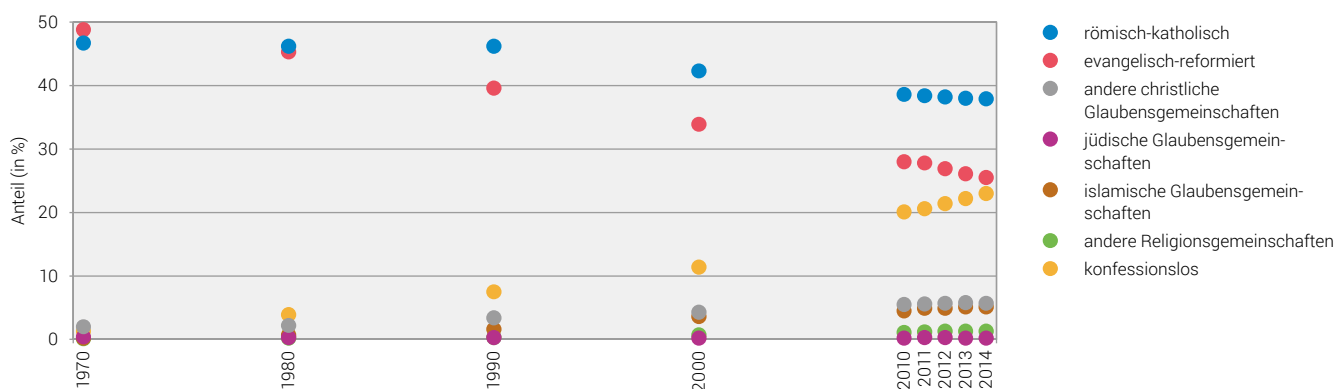
	Anzahl	Vertrauensintervall ±	davon mit Migrationshintergrund, in %	Vertrauensintervall in Prozentpunkten
Total	6 668 700	1 200	35	0
Römisch-katholische Kirche	2 547 800	5 100	36	0
Evangelisch-reformierte Landeskirchen	1 791 100	4 700	10	0
Andere christliche Gemeinschaften	376 900	2 700	55	0
– (Neu)pietistische und evangelikale Gemeinden	40 200	900	16	1
– Pfingstbewegung und andere charismatische Gemeinden	26 100	700	24	1
– Endzeitgemeinden	26 200	700	54	1
– Apostolische Gemeinden	20 900	600	14	1
– Andere auf die Reformation zurückgehende Kirchen	78 100	1 200	33	1
– Christlich-orientalische und christlich-orthodoxe Kirchen	142 600	1 700	96	0
– Andere christliche Gemeinschaften	42 700	900	38	1
Jüdische Glaubensgemeinschaften	16 500	500	63	2
Muslimische und aus dem Islam hervorgegangene Gemeinschaften	326 100	2 600	96	0
Andere Religionsgemeinschaften	85 000	1 300	83	1
– Buddhistische Vereinigungen	34 400	800	85	1
– Hinduistische Vereinigungen	33 500	800	95	1
– Andere Religionen	17 100	600	56	2
Keine Zugehörigkeit	1 432 900	4 600	43	0
Religion unbekannt	92 600	1 300	40	1

Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

Die Entwicklung der Religions- und Konfessionsgemeinschaften von 1970 bis 2014

G 6.1



Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

Diese Entwicklung der beiden grossen Konfessionen erfolgte vor allem zugunsten der Gruppe der Konfessionslosen. Deklarierten sich 1970 57'000 Personen als konfessionslos, so sind es im Jahr 2014 mit 1,6 Mio. gut ein Viertel der Bevölkerung. Die anteilmässige Zunahme der Konfessionslosen an der Bevölkerung verlief jedoch nicht linear. Die Säkularisierung der Gesellschaft hat sich vor allem ab dem Jahr 2000 beschleunigt (G 6.1).

6.2 Die religiöse Vielfalt nimmt zu

Die Veränderung der Religionslandschaft bildet teilweise auch die internationale Migration ab. Der Anteil der Musliminnen und Muslime, aber auch der Christinnen und Christen, die einer orthodoxen oder altorientalischen Kirche angehören, sowie der Anteil der Anhänger des Hinduismus, des Buddhismus und weiterer Religionen haben seit 1970 zugenommen. Heute gehören rund 550'000 Personen einer dieser Gruppen an, d.h. rund jede zwölfte Person. Rund 94% dieser Personen haben einen Migrationshintergrund.

Die zahlenmässige Zunahme der Katholikinnen und Katholiken lässt sich zu einem Teil auch mit der internationalen Wanderung erklären. Rund 36% dieser Bevölkerung hat einen Migrationshintergrund. Dies entspricht zwar ungefähr dem gesamtschweizerischen Wert von 35%, ist aber um einiges höher als bei den Reformierten (10%).

Zur Vielfalt der Religionslandschaft gehören auch die vielen Freikirchen protestantischer Herkunft. 2014 gaben rund 230'000 Personen an, zu einer dieser Gruppen zu gehören (T 6.1).

6.3 Konfessionelle Dominanz

Die historisch gezeichneten Grenzen zwischen den beiden dominierenden Konfessionen der Schweiz sind insbesondere in der ländlichen Schweiz noch präsent. In der Karte G 6.2 wird die konfessionelle Dominanz auf der Ebene der Bezirke dargestellt. In fast allen Bezirken bildet eine der drei grossen Gruppen – Römisch-Katholisch, Protestantisch und Konfessionslos – die Mehrheit. Die Konfessionslosen sind in jedem Bezirk eine der drei Hauptgruppen. Bei den Personen römisch-katholischer Konfession gibt es eine Ausnahme im Verwaltungskreis Frutigen-Niedersimmental. Hier sind die Mitglieder der «anderen christlichen Gemeinschaften» stärker vertreten. In den stark von der römisch-katholischen Kirche dominierten Bezirken Gersau, Bellinzona, Blenio, Leventina, Lugano, Mendrisio und Riviera sind die Reformierten nur die viert- oder fünftgrösste Gruppe.

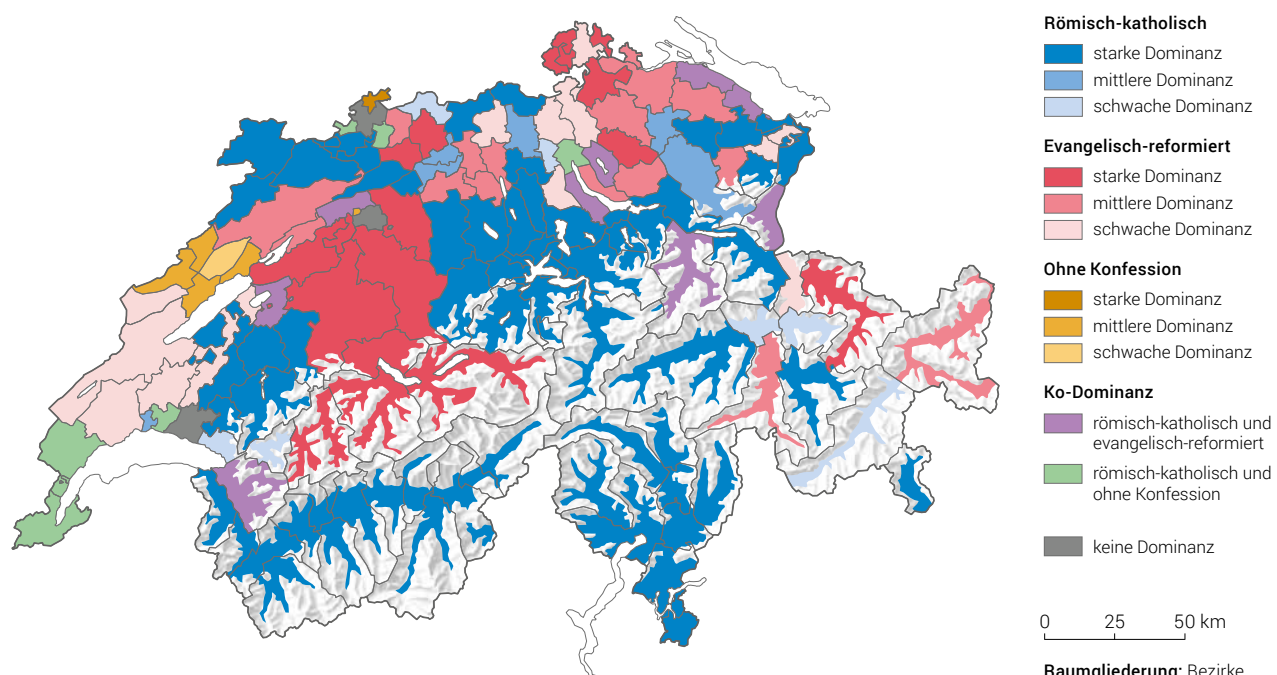
Die traditionell römisch-katholischen und eher ländlich geprägten Bezirke bleiben weiterhin stark römisch-katholisch dominiert. Dies gilt auch für die traditionell reformierten Bezirke in Graubünden, Bern und Thurgau. In den ursprünglich reformiert geprägten Bezirken des Kantons Waadt und in den Bezirken rund um Zürich ist diese Dominanz nur noch schwach. In Genf und dem Waadtländer Bezirk Nyon, in fast allen Neuenburger Bezirken, in Basel und Umgebung sowie in der Stadt Zürich ist die historische Dominanz der Reformierten verloren gegangen.

Dominanz einer Konfessionsgruppe

- Starke Dominanz: der Anteil der grössten zur zweitgrössten Konfessionsgruppe ist um mindestens 20 Prozentpunkte höher.
- Mittlere Dominanz: Die Differenz beträgt 10 bis 19 Punkte.
- Schwache Dominanz: Die Differenz beträgt 5 bis 9 Punkte.
- Ko-Dominanz: Die Differenz beträgt weniger als 5 Punkte.

Dominierende Konfessionszugehörigkeit, 2010 – 2014 kumuliert

G 6.2



Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

7 Bildungsstand

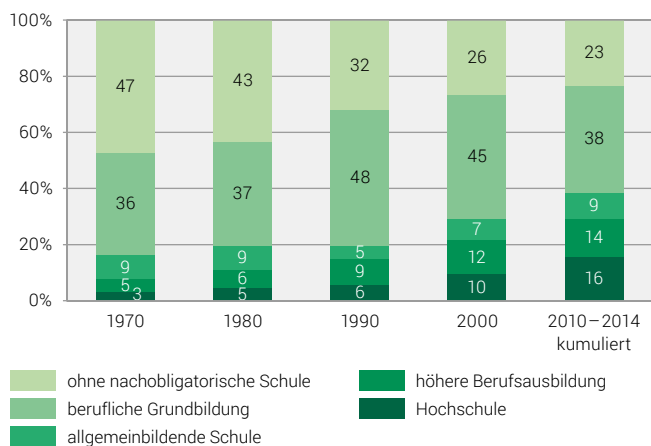
Nach wie vor weist die Mehrheit der Personen in der Schweiz eine berufliche Grundbildung als höchsten Bildungsabschluss aus. Der Anteil der Personen mit einem Hochschulstudium oder einer höheren Berufsbildung nimmt jedoch zu. Darunter befinden sich immer mehr Frauen.

7.1 Immer mehr Tertiärabschlüsse

Der Bildungsstand der Bevölkerung gemessen am höchsten erzielten Bildungsabschluss ist in der Schweiz in den vergangenen Jahrzehnten ständig gestiegen. Auf der einen Seite gibt es immer weniger Personen, die höchstens die obligatorische Schule beendet haben. Auf der anderen Seite schliessen auch anteilmässig immer mehr Personen ein Hochschulstudium oder eine höhere Berufsbildung (höhere Fachschule, eidgenössischer Fachausweis oder eidgenössisches Diplom) ab. Nach wie vor weisen am meisten Personen eine berufliche Grundbildung als höchsten Bildungsabschluss aus (38%).

Die Entwicklung des Bildungsstands, 1970 bis 2010–2014 kumuliert

G 7.1



Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

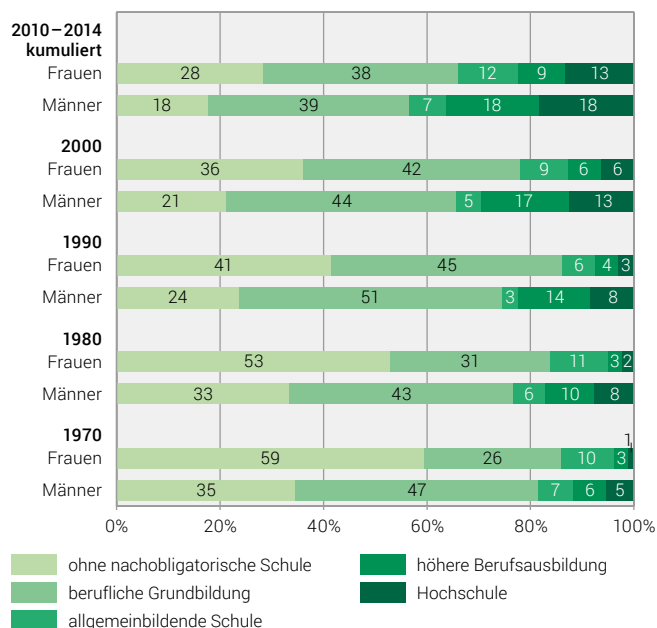
© BFS 2016

7.2 Frauen mit Tertiärabschluss holen auf

Einen grossen Einfluss auf das Wachstum des Bildungsstands hat die deutlich gestiegene Bildungsbeteiligung der Frauen. Verfügten 1970 knapp 4% der Frauen über einen tertiären Bildungsabschluss, so ist dieser Anteil heute auf 22% gestiegen. Dieser Wert ist allerdings immer noch deutlich tiefer als derjenige der Männer (36%). Dieser Unterschied ist jedoch in erster Linie auf die älteren Altersgruppen zurückzuführen. Bei den jüngeren Generationen nehmen die Geschlechterunterschiede deutlich ab. Die Hochschulabschussquote ist bei den Frauen (31%) gar etwas höher als bei den Männern (25%).

Die Entwicklung des Bildungsstands der Frauen und Männer, 1970 bis 2010–2014 kumuliert

G 7.2



Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

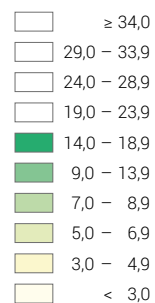
Personen mit tertiärer Ausbildung

G 7.3

1970

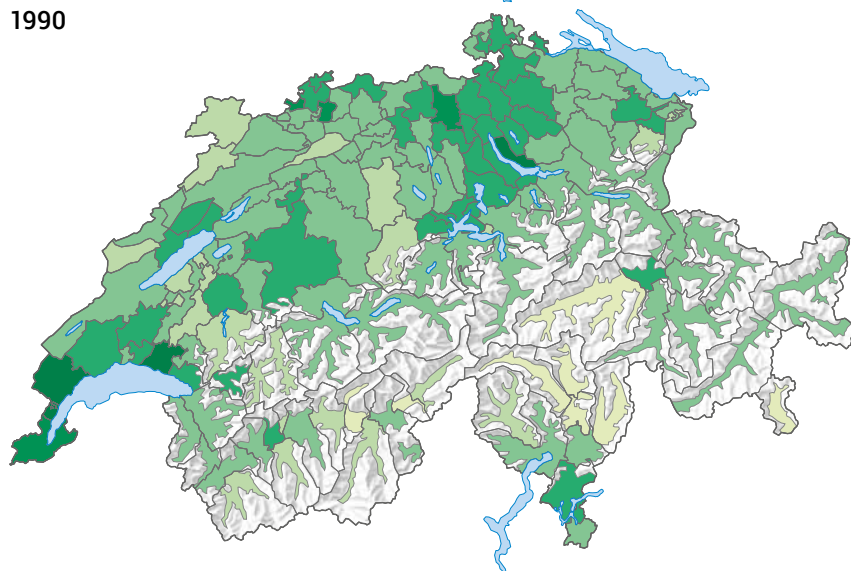


Anteil Personen ab 25 Jahren, in %

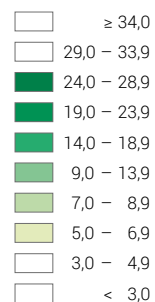


CH: 7,7 %

1990

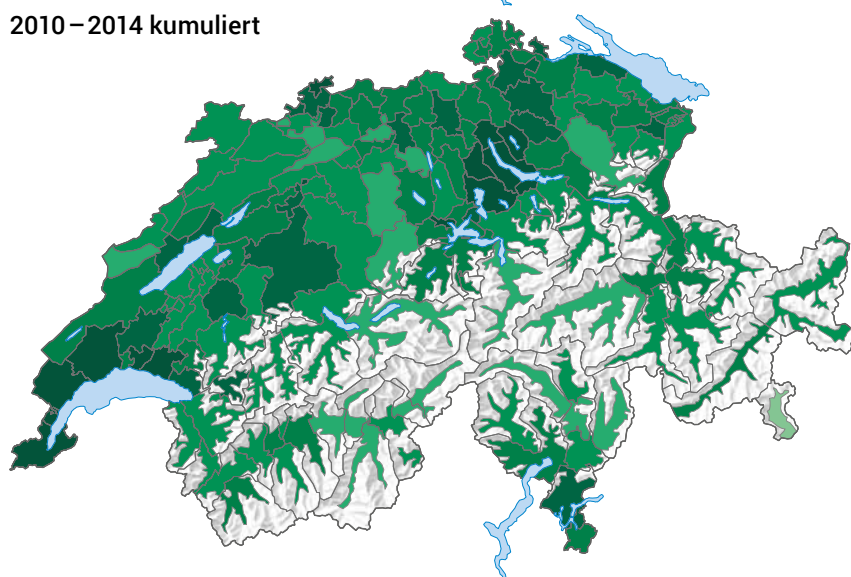


Anteil Personen ab 25 Jahren, in %

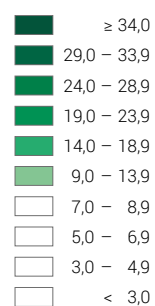


CH: 14,6 %

2010 – 2014 kumuliert



Anteil Personen ab 25 Jahren, in %



CH: 29,2 %

0 25 50 km

Raumgliederung: Bezirke

Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

7.3 Personen mit Tertiärausbildung leben in den Zentren oder zentrumsnah

Bezüglich des Bildungsstands der Bevölkerung lassen sich auch in der Schweiz regionale Differenzen feststellen. Der Anteil der Personen mit einem Tertiärabschluss ist in den Zentren und attraktiven zentrumsnahen Wohnbezirken (z. B. rechtes Zürichseeufer) am höchsten, da in diesen auch der Bedarf an hochgebildeten Arbeitskräften am höchsten ist. Wird der Anteil der Personen mit einem Tertiärabschluss der Jahre 1970, 1990 und 2010–14 (kumuliert) nach Bezirk miteinander verglichen, so zeigt sich ein generell starkes Wachstum des Anteils an Personen mit einem Tertiärabschluss. Die Quoten sind aber immer noch in der Nähe der grossen Städte (Zürich, Genf, Basel, Lausanne und Bern) am höchsten. In Zürich und Genf haben sich die Werte der Stadtbezirke und der umliegenden Bezirke (insbesondere auch der Zürichsee nahen Bezirke in den Kantonen Schwyz und Zug) angeglichen.

Bildungsstand

In diesem Kapitel wird die Schweizer Bevölkerung ab 25 Jahren betrachtet, die nicht (mehr) in Ausbildung ist.

8 Bildungsunterschiede bei Paaren

Gleich und gleich gesellt sich gern – das gilt heute bezogen auf die Bildung noch etwas ausgeprägter als früher. Im Zuge des steigenden Bildungsstands der Bevölkerung ist der Anteil der Paare, in denen der Mann eine höhere Ausbildung hat als die Frau, um 6 Prozentpunkte zurückgegangen: von 37% im Jahr 1990 auf 31% in den Jahren 2010–2014.

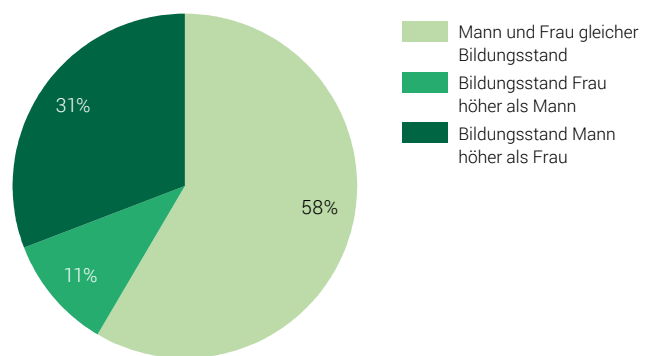
8.1 Bei 6 von 10 Paaren haben beide Partner den gleichen Bildungsstand

Historisch gesehen haben Frauen im Vergleich zu Männern eine niedrigere Ausbildung. Dies ist am Bildungsstand der Bevölkerung, der über die höchste abgeschlossene Ausbildung gemessen wird, auch heute noch feststellbar. Diese Bildungsunterschiede zwischen Frauen und Männern haben sich jedoch in den vergangenen Jahren verringert. Generell ist der Bildungsstand von Frauen und Männern gestiegen.

Wie wirken sich diese Veränderungen auf die Zusammensetzung der Paare in Bezug auf den Bildungsstand der beiden Partner aus? Oder anders ausgedrückt: Wie ähnlich sind Paare in Bezug auf die Bildung der beiden Partner?

In den Jahren 2010–2014 war in 3 von 10 Paarhaushalten¹ die höchste abgeschlossene Ausbildung des Mannes höher als jene der Frau. Nur in einem von zehn hat die Frau einen höheren Bildungsstand als der Mann, und in rund 6 von 10 haben beide Partner den gleichen Bildungsstand. Es zeigt sich somit, dass sich die Mehrheit der Paare aus Personen mit einem Abschluss auf gleicher Bildungsstufe² zusammensetzt (vgl. G8.1).

Bildungsstand der Paare, 2010–2014 kumuliert G 8.1



Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

8.2 Unterschiede nach Sprachregionen sowie städtischen und ländlichen Gebieten

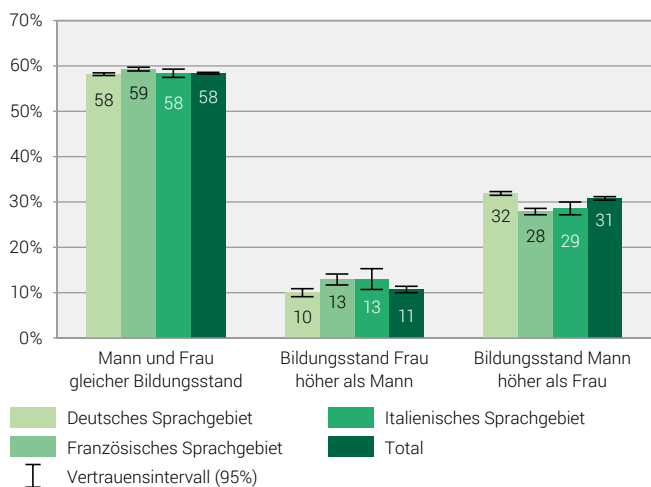
Bemerkenswert sind die unterschiedlichen Ergebnisse nach Sprachregionen. In der lateinischen Schweiz ist der Anteil Paare, in denen die Frau höher gebildet ist als der Mann, grösser: Es sind rund 13% in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz im Vergleich zu 10% in der deutschsprachigen Schweiz. Die Paarzusammensetzung, bei der der Mann die höhere Ausbildung hat als die Frau, ist in der deutschsprachigen Schweiz mit rund 32% verbreiteter als in der lateinischen Schweiz, wo sie rund 28% beträgt (G8.2).

¹ In diesem Beitrag werden sowohl verheiratete als auch unverheiratete gemischtgeschlechtliche Paare berücksichtigt.

² Die Bildungsstufen sind hier in 3 Kategorien zusammengefasst: höchste abgeschlossene Ausbildung auf Sekundarstufe I (obligatorische Schule), auf Sekundarstufe II (Berufs- oder Allgemeinbildung nach der obligatorischen Schule) und auf Tertiärstufe (höhere Berufsbildung und Hochschule).

Bildungsstand der Paare nach Sprachgebiet, 2010–2014 kumuliert

G 8.2



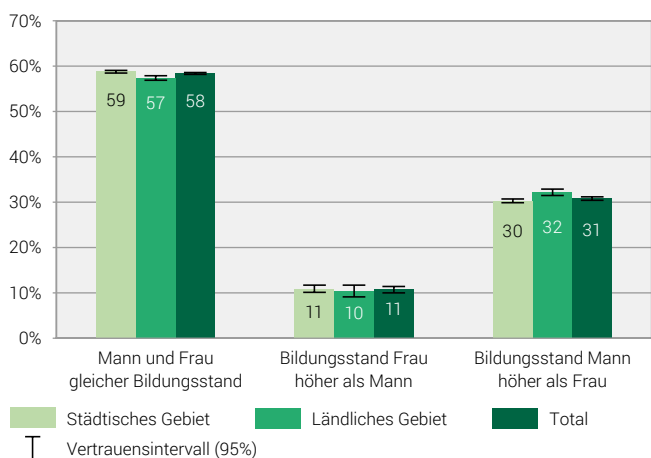
Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

Nach städtischen und ländlichen Gebieten betrachtet (G 8.3), variiert die Paarzusammensetzung, in der die Frau eine höhere Ausbildung hat, nicht wesentlich (11% bzw. 10%). Mit einem Anteil von rund 32% ist hingegen die traditionelle Variante mit einer höheren Ausbildung des Mannes in ländlichen Gebieten häufiger anzutreffen als in städtischen (30%). Dementsprechend sind Paare mit gleich hoher Ausbildung der Partner auf dem Land weniger häufig vertreten als in der Stadt (57% bzw. 59%).

Bildungsstand der Paare nach städtischen und ländlichen Gebieten, 2010–2014 kumuliert

G 8.3



Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

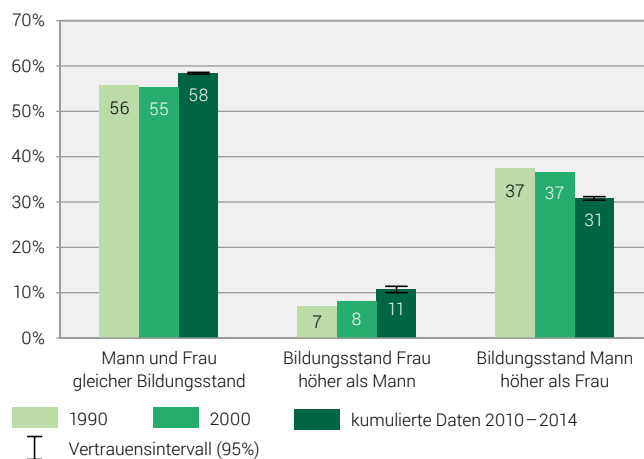
© BFS 2016

8.3 Immer mehr Paare mit gleichem oder höherem Bildungsstand der Frau

Die Entwicklung seit 1990 weist in Bezug auf den höchsten erreichten Bildungsstand der Partner eindeutig auf eine Aufweichung des traditionellen Musters der Paarzusammensetzung hin. Der Anteil der Paare, in denen der Mann eine höhere Ausbildung hat als die Frau, ist um 6 Prozentpunkte zurückgegangen: von 37% im Jahr 1990 auf 31% in den Jahren 2010–2014. Dieser Rückgang verteilt sich auf die beiden anderen Paarkombinationen. Der Anteil der Paare mit gleichem Bildungsstand der beiden Partner ist von 56% auf 58% gestiegen und bei den Paarzusammensetzungen, in denen die Frau höher gebildet ist als der Mann, ist eine Zunahme von 4 Prozentpunkten zu verzeichnen, von 7% auf 11% (G 8.4).

Bildungsstand der Paare seit 1990

G 8.4



Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

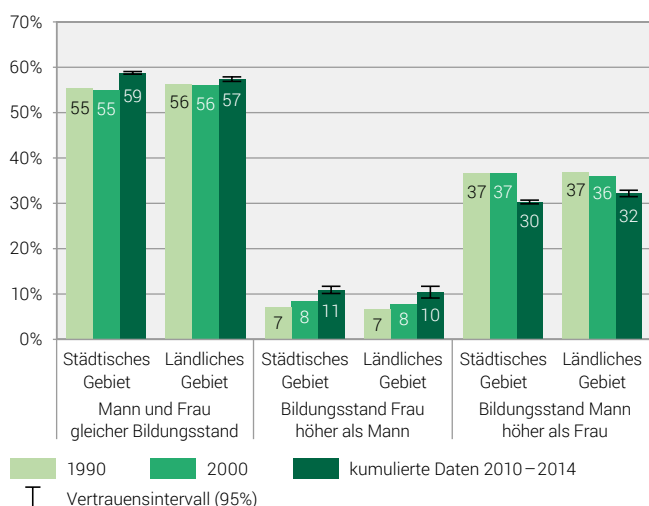
© BFS 2016

Die Veränderungen über die Zeit unterscheiden sich kaum nach Sprachgebiet, weisen jedoch Nuancierungen nach Stadt/Land auf. In ländlichen Gebieten ist der Rückgang seit 1990 der in Bezug auf den Bildungsstand eher traditionellen Paare weniger ausgeprägt: Er beträgt 5 Prozentpunkte im Vergleich zu 7 Prozentpunkten in städtischen Gebieten (von jeweils 37% auf 32% bzw. 30%). Demgegenüber ist aber der Anteil der Paare mit einem höheren Bildungsstand der Frau auf dem Land in gleichem Mass gestiegen wie in der Stadt, und zwar um je 4 Prozentpunkte auf rund 10–11%. Die Paare mit gleich hohem Bildungsstand beider Partner haben seit Anfang der 1990er Jahre in städtischen Gebieten deutlicher zugenommen als in ländlichen Gebieten (G 8.5).

Die vorliegenden Ergebnisse gehen mit dem steigenden Bildungsstand der Frauen in den vergangenen Jahrzehnten einher. Die Paarzusammensetzung verändert sich in Richtung einer Zunahme der Paare mit gleichem Bildungsabschluss sowie der Paare mit höherer Bildung der Frau.

Bildungsstand der Paare nach städtischen und ländlichen Gebieten seit 1990

G 8.5



Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

9 Soziale Herkunft der Lernenden und Studierenden

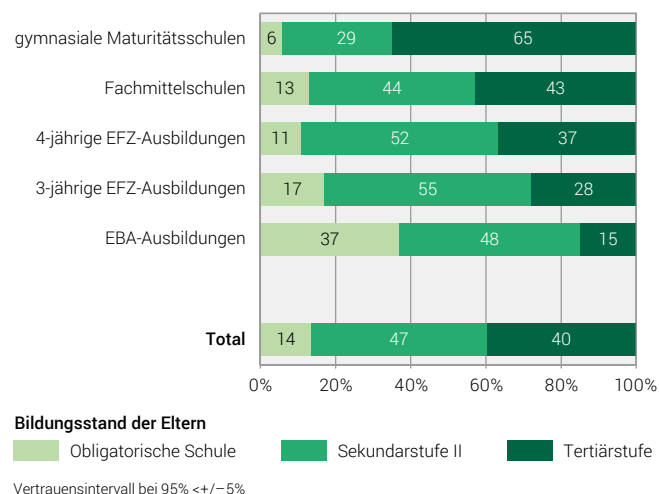
Die Bildungswege der Schweiz weisen in Bezug auf den sozialen Hintergrund grosse Unterschiede auf. Zwischen dem Bildungsstand der Eltern und demjenigen der Kinder besteht ein signifikanter Zusammenhang.

9.1 Soziale Herkunft der Lernenden auf Sekundarstufe II

Die Grafik G9.1 zeigt die Verteilung der Lernenden auf die Bildungswege der Sekundarstufe II nach der höchsten abgeschlossenen Ausbildung der Eltern. An den gymnasialen Maturitätsschulen stammen 65% der Lernenden aus einem Haushalt, in dem mindestens ein Elternteil eine Tertiärausbildung abgeschlossen hat. Dieser Anteil ist wesentlich tiefer an Fachmittelschulen (43%) sowie bei der beruflichen Grundbildung (vierjährige Ausbildung mit eidgenössischem Fähigkeitszeugnis (EFZ): 37%; dreijährige EFZ-Ausbildungen: 28%; Ausbildungen mit eidgenössischem Berufsattest (EBA): 15%). Über ein Drittel der Lernenden in EBA-Ausbildungen kommen aus Haushalten, in denen die Eltern keine nachobligatorische Ausbildung abgeschlossen haben. Diese Ergebnisse sind mit mehreren Schweizer Erhebungen kompatibel und dank der Stichprobengrösse, die sich aus der Verknüpfung mit der Strukturerhebung ergibt, sehr robust.

Lernende 2012 der Sekundarstufe II nach Bildungsweg und höchstem Bildungsstand der Eltern (in %)

G 9.1



Quellen: BFS – Strukturerhebung (SE), Längsschnittanalysen im Bildungsbereich

© BFS 2016

Die Möglichkeiten der Strukturerhebung für die Bildungsstatistiken

Das Konzept der sozialen Herkunft ist sehr komplex und mehrdimensional (Eltern können ihren Kindern wirtschaftliche, kulturelle und symbolische Ressourcen vermitteln). Es ist bekannt, dass die soziale Herkunft die Ausbildungsentscheide und die Bildungslaufbahn der Lernenden durch verschiedene Aspekte beeinflussen kann, insbesondere durch Zielvorstellungen, durch die Kenntnis des Schulsystems sowie durch die Auffassung von Kosten und Nutzen eines Ausbildungsentscheids. Bisher konnten Informationen zur sozialen Herkunft der Lernenden oder Studierenden im Schweizer Bildungssystem nur anhand spezifischer Erhebungen mit häufig sehr begrenzten Stichproben erfasst werden.

Die Strukturerhebung ermöglicht einen bedeutenden Erkenntnisfortschritt, indem sie von einer grossen Zahl von Lernenden (40'000 im Fall der Sekundarstufe II) Daten zum Bildungsniveau der Eltern liefert, was einen wichtigen Aspekt der sozialen Herkunft darstellt.

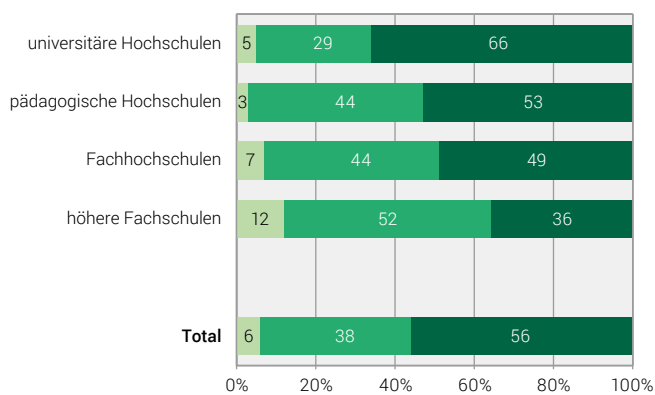
In diesem Kapitel werden zwei Beispiele vorgestellt: eines für die Sekundarstufe II und eines für die Tertiärstufe. Für weitere Informationen siehe www.labb.bfs.admin.ch sowie folgende BFS-Publikationen von 2015: «Übergänge und Verläufe auf der Sekundarstufe II» und «Übergänge und Verläufe auf der Tertiärstufe».

9.2 Soziale Herkunft der Studierenden auf Tertiärstufe

Eine ähnliche Analyse, die für die Tertiärstufe durchgeführt wurde, zeigt ebenfalls signifikante Unterschiede zwischen verschiedenen Schultypen (siehe Grafik G 9.2). Die höchsten Anteile von Studierenden, die mindestens einen Elternteil mit einem Abschluss auf Tertiärstufe haben, sind an den universitären Hochschulen zu finden (66%). Die soziale Zusammensetzung ist dort logischerweise sehr ähnlich wie an den gymnasialen Maturitätsschulen. An den pädagogischen Hochschulen stammen 53% der Studierenden aus einem Haushalt mit Tertiärausbildung, an den Fachhochschulen 49%. Die höheren Fachschulen unterscheiden sich von den Hochschulen darin, dass die Mehrheit der Studierenden aus einer Familie stammt, in der die Eltern höchstens über einen Abschluss auf Sekundarstufe II verfügen. Die Studierenden, deren Eltern über einen Tertiärabschluss verfügen, machen 36% aus. Für die restlichen Abschlüsse der höheren Berufsbildung liegen derzeit keine Ergebnisse vor.

In der Schweiz unterscheidet sich somit der Bildungsweg je nach sozialem Hintergrund beträchtlich, was sich auch bei den einzelnen Bildungsfeldern zeigt.

Eintritte 2013 der Tertiärstufe* im Alter von 23 oder weniger nach Schultyp und höchstem Bildungsstand der Eltern (in %) G 9.2



Bildungsstand der Eltern

■ Obligatorische Schule
 ■ Sekundarstufe II
 ■ Tertiärstufe

* ohne die Höhere Berufsbildung ausserhalb der Höheren Fachschulen und die Eintritte aus dem Ausland, die für die Tertiärstufe in die Schweiz gekommen sind.

Vertrauensintervall bei 95% $\pm$ 5% mit Ausnahme der Kategorien «Sekundarstufe II» und Tertiärstufe für die PH (5,7% für die zwei Kategorien)

Quellen: BFS – Strukturerhebung (SE), Längsschnittdaten im Bildungsbereich © BFS 2016

10 Erwerbsleben

Seit 1970 ist die Erwerbstätigenquote der Schweizer Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren von knapp 70% auf 77% angestiegen. Dieser Anstieg beruht hauptsächlich auf der deutlichen Zunahme der Erwerbsbeteiligung der Frauen, die von 47% im Jahr 1970 auf heute 71% angestiegen ist. Der stärkste Zuwachs hat zwischen 1980 und 2000 stattgefunden. Zu beachten ist allerdings, dass in dieser Quote der Beschäftigungsgrad nicht berücksichtigt wird.

10.1 Alter und Geschlecht beeinflussen Erwerbsbeteiligung

Ob eine Person zwischen 15 und 64 Jahren erwerbstätig ist, hängt von verschiedenen Faktoren ab, insbesondere von der Situation auf dem Arbeitsmarkt und von der persönlichen Lebenssituation. Viele treten nach der Ausbildungsphase in die Arbeitswelt ein und bleiben bis zum Eintritt ins Rentenalter konstant erwerbstätig. Andere unterbrechen die Erwerbstätigkeit, z. B. um sich weiterzubilden, die Welt zu bereisen oder aufgrund von Gesundheitsproblemen. Der grösste Einfluss auf die Arbeitsmarktteilnahme der Frauen hat die Familiengründung. Ob die Frauen, sobald sie Kinder bekommen, ihre Erwerbstätigkeit vorläufig aufgeben oder ihr Arbeitspensum reduzieren, hat sich im Verlauf der Zeit jedoch stark gewandelt.

1970 waren die zwanzigjährigen Frauen zu beinahe 80% erwerbstätig, aber ihre Erwerbsbeteiligung nahm bereits ab Anfang zwanzig pro zusätzliches Altersjahr stark ab und pendelte sich bei den Mitdreissigerinnen bei knapp über 40% Erwerbsbeteiligung ein. Ein Grossteil der Frauen gab also ihre Arbeit vollständig auf, sobald sie eine Familie gründeten. Nur wenige stiegen wieder in den Arbeitsprozess ein, nachdem die Kinder gross waren.

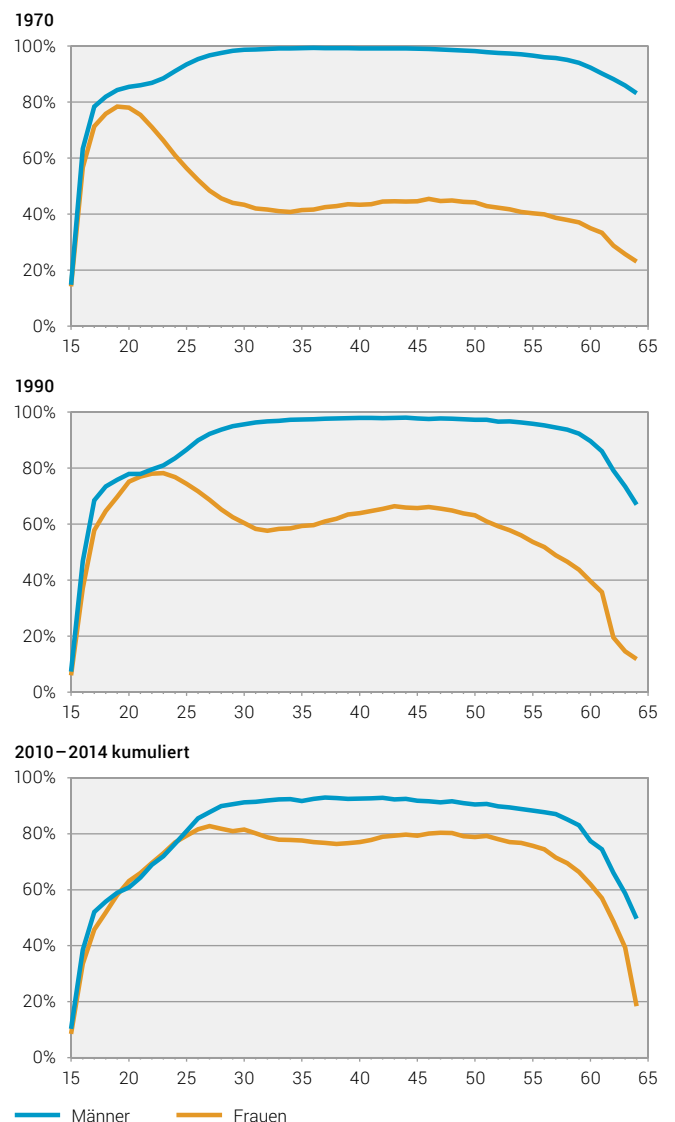
1990 zeigt sich schon ein anderes Bild: die Erwerbstätigenquote der Frauen reduziert sich nach einem Höchstwert von knapp 80%, der mit 23 Jahren erreicht wird, immer noch. Sie pendelt sich aber bei ungefähr 60% ein.

Nach 2010 (kumulierte Daten 2010–2014) schliesslich sinkt die Quote bei den Frauen nur noch wenig nach dem Erreichen des Höchstwerts. Zudem hat sich dieser Moment um einige Lebensjahre verschoben. Die höchste Erwerbsbeteiligung erreichen die Frauen nicht mehr im Alter von 20 Jahren, wie das 1970 der Fall war, sondern mit 27 Jahren. Der Grund liegt bei der längeren Ausbildungszeit und späteren Familiengründung.

Bei der Erwerbstätigenquote der Männer hat sich in den vierzig beobachteten Jahren wenig verändert. Die Quote steigt bis zu einem Alter von ungefähr dreissig Jahren auf weit über 90% und verbleibt dort bis zur (Früh-)Pensionierung.

Erwerbstätigenquote (15–64-Jährige)
nach Geschlecht und Alter,
1970, 1990 und 2010–2014 kumuliert

G 10.1



Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

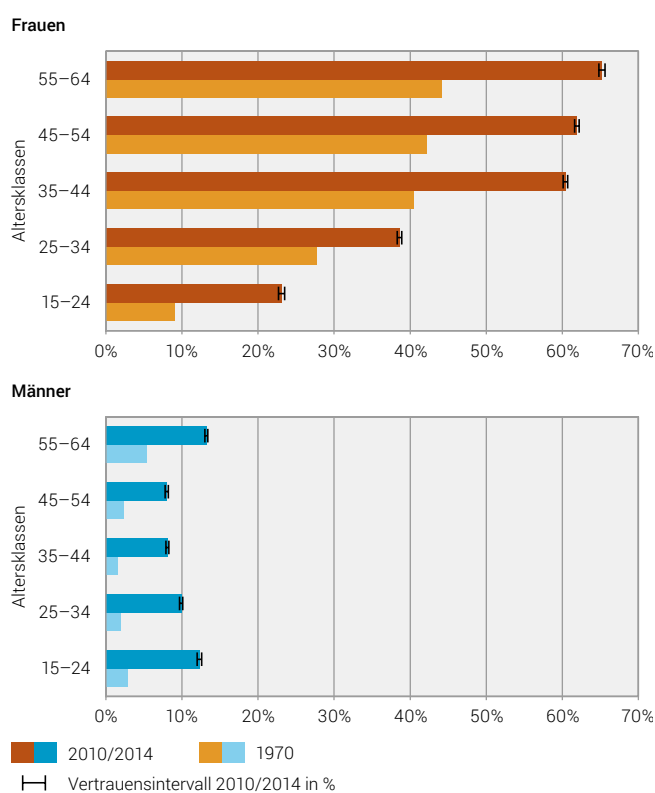
© BFS 2016

10.2 Männer arbeiten eher Vollzeit, Frauen Teilzeit

Seit 1970 hat die Teilzeiterwerbstätigkeit bei Männern und Frauen zugenommen, aber in unterschiedlichem Ausmass. Bei den Männern stieg sie von 4% auf 11%, bei den Frauen von 31% auf 52%.

Zwar steigen heutzutage viele Frauen nicht mehr völlig aus der Arbeitswelt aus, sobald Kinder da sind, aber sie arbeiten ab diesem Moment grösstenteils Teilzeit und erhöhen ihr Pensum auch nicht mehr auf Vollzeit, wenn die Familienphase beendet ist. Der Anteil der Teilzeit arbeitenden Frauen nimmt mit dem Alter stetig zu und liegt ab 35 Jahren bei über 60%.

Teilzeiterwerbstätigkeit nach Geschlecht und Altersklassen, 1970 und 2010–2014 kumuliert G 10.2



Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

Erwerbstätigenquote

Erwerbstätigenquote = $\frac{\text{Erwerbstätige} \times 100}{\text{Referenzbevölkerung}}$

Zeitliche Vergleiche

Gewisse Definitionen im Bereich Erwerbsleben haben zwischen den Erhebungen geändert. Diese Änderungen haben jedoch auf die hier abgebildeten Entwicklungen nur einen begrenzten Einfluss.

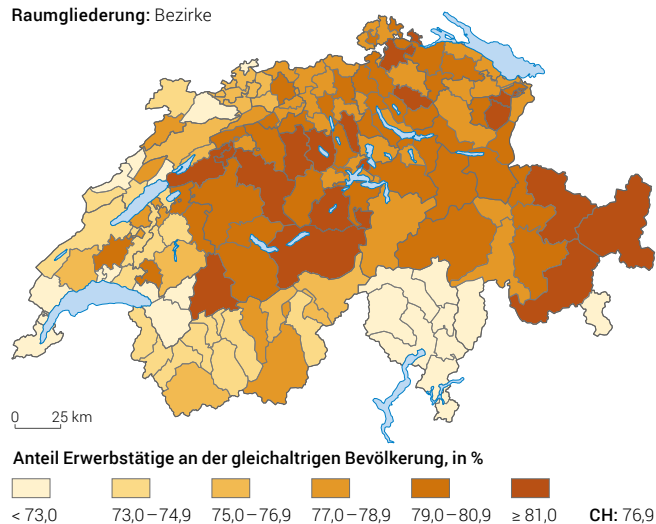
Auch Männer arbeiten heutzutage häufiger Teilzeit als vor 40 Jahren, der Anteil liegt jedoch markant tiefer als bei den Frauen. Im mittleren Erwachsenenalter – in der klassischen Familienphase – ist der Anteil der Teilzeit erwerbstätigen Männer am niedrigsten. Das Angebot auf dem Arbeitsmarkt sowie individuelle Ansprüche und Voraussetzungen der Familien dürften die Gründe sein.

10.3 Erwerbstätigenquote nach Bezirk

Betrachtet man die regionale Verteilung der Erwerbstätigenquote (15–64-Jährige) nach Bezirken, zeigt sich eine Abstufung nach Sprachregionen. In der Deutschschweiz sind die Quoten höher als in der französischen Schweiz, und diese sind wiederum höher als in der italienischen Schweiz. Zudem weisen neben Regionen im Mittelland und der Zentralschweiz einige touristische Regionen im Berner Oberland und Graubünden sehr hohe Quoten auf.

Erwerbstätigenquote der 15–64-Jährigen, 2010–2014 kumuliert G 10.3

Raumgliederung: Bezirke



Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

11 Erwerbsmodelle bei Paaren mit Kindern

In Familienhaushalten ist neben der Haus- und Familienarbeit auch die Erwerbsarbeit ungleich aufgeteilt. Meist reduziert die Frau ihr Erwerbspensum oder verzichtet (vorübergehend) ganz auf eine Erwerbstätigkeit, wenn Kinder im Haushalt leben. Mütter arbeiten häufiger Teilzeit als Frauen ohne Kinder, Väter häufiger Vollzeit als Männer ohne Kinder im Haushalt. Deutliche Unterschiede zeigen sich in den Sprachregionen.

11.1 Erwerbsmodelle bei Paaren mit Kindern im Haushalt

Am häufigsten teilen Paare mit Kindern heutzutage die Erwerbstätigkeit so untereinander auf, dass der Vater Vollzeit arbeitet und die Mutter Teilzeit. Fast jeder zweite Paarhaushalt wählt dieses Modell (47%).

Wenn die Kinder noch klein sind (jüngstes Kind unter 7 Jahren), liegt der Anteil Familienhaushalte mit Vollzeit erwerbstätigem Vater und nicht erwerbstätiger Mutter bei einem Viertel (26%, T 11.1, s. S. 36). Dieses Modell wird weniger häufig gewählt, je älter die Kinder werden. Dafür nimmt der Anteil der Teilzeit erwerbstätigen Mütter zu. Ist das jüngste Kind zwischen 7 und 14 Jahren alt, nimmt der Anteil der niedrigen Teilzeitpensen zu (27%), ist das jüngste Kind zwischen 15 und 24 Jahren alt, schlägt sich das besonders in den hohen Teilzeitpensen nieder (26%).

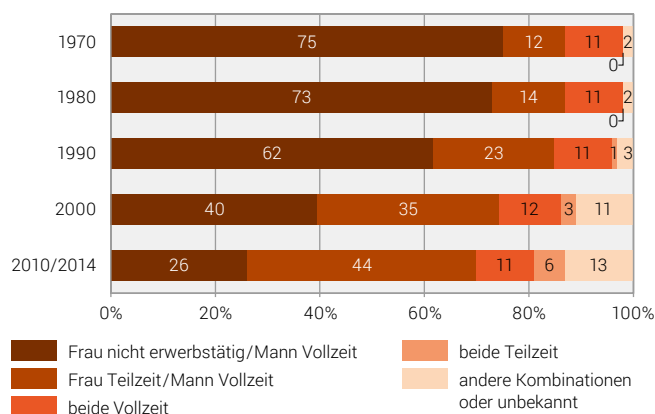
Das Erwerbsmodell, bei dem Frau und Mann Vollzeit arbeiten, wird häufiger gewählt, wenn die Kinder die obligatorische Schulzeit abgeschlossen haben. Bei Paarhaushalten mit jüngstem Kind zwischen 15 und 24 Jahren beträgt der Anteil 18%. Beide Partner arbeiten am häufigsten Teilzeit, wenn die Kinder noch klein sind (6%).

11.2 Mütter mit kleinen Kindern seit 1970 zunehmend Teilzeit erwerbstätig

Betrachtet man die Paarhaushalte mit kleinen Kindern (jüngstes Kind unter 7 Jahren) im zeitlichen Verlauf (G 11.1), waren zwischen 1970 und 1990 bei der überwiegenden Mehrheit der Paare der Vater Vollzeit und die Mutter nicht erwerbstätig. Ab 1990 nahm der Anteil der Paare stark zu, bei denen der Vater Vollzeit und die Mutter Teilzeit erwerbstätig ist. Diese Erwerbsaufteilung ist heute das am häufigsten gewählte Modell (1970: 12%; 1990: 23%; 2010–2014: 44%).

Paarhaushalte mit jüngstem Kind unter 7 Jahren nach Erwerbsmodell, 1970 bis 2010 – 2014 kumuliert

G 11.1



Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

Der Anteil der Paare, bei denen beide Partner Vollzeit arbeiten, bleibt über die Jahrzehnte hinweg relativ konstant (um die 11%). Demgegenüber nimmt der Anteil der Paare, bei denen beide Partner Teilzeit arbeiten, stark zu, ist aber im Vergleich zu den anderen Modellen immer noch selten (1990: 1%; 2000: 3%; 2010–2014: 6%).

11.3 Unterschiedliche Anteile der Erwerbsmodelle in den Sprachregionen

Betrachtet man die Erwerbsmodelle in Paarhaushalten mit kleinen Kindern (jüngstes Kind unter 7 Jahren) nach Sprachregionen, zeigen sich bei allen Modellen deutliche Unterschiede (G 11.2).

Der Anteil der Paare mit traditionellem Modell (Mann Vollzeit erwerbstätig, Frau nicht erwerbstätig) ist in der Romandie mit 19% am niedrigsten. In der deutschen Schweiz beträgt er 28% und in der italienischsprachigen Schweiz 35%.

**Erwerbsmodelle bei Paaren mit Kindern
im Haushalt, 2010–2014 kumuliert**

T 11.1

Erwerbsmodell	Alter des jüngsten Kindes		
	0- bis 6-jährig	7- bis 14-jährig	15- bis 24-jährig
Total Paarhaushalte			
Anzahl Haushalte absolut	342 201	243 461	255 624
Vertrauensintervall (VI) ± (in %)	0,5%	0,5%	0,4%
Frau nicht erwerbstätig, Mann Vollzeit			
Anzahl Haushalte in %	25,8	20,7	17,5
VI ± (in Prozentpunkten)	0,3	0,3	0,2
Frau Teilzeit (1–49%), Mann Vollzeit			
Anzahl Haushalte in %	24,0	26,7	21,2
VI ± (in Prozentpunkten)	0,3	0,3	0,2
Frau Teilzeit (50–89%), Mann Vollzeit			
Anzahl Haushalte in %	19,9	22,9	25,9
VI ± (in Prozentpunkten)	0,2	0,3	0,2
Frau und Mann Vollzeit			
Anzahl Haushalte in %	11,5	13,2	18,0
VI ± (in Prozentpunkten)	0,2	0,2	0,2
Frau und Mann Teilzeit			
Anzahl Haushalte in %	5,9	4,0	3,3
VI ± (in Prozentpunkten)	0,1	0,1	0,1
Frau und Mann nicht erwerbstätig			
Anzahl Haushalte in %	0,9	1,1	2,3
VI ± (in Prozentpunkten)	0,1	0,1	0,1
Mann nicht oder Teilzeit erwerbstätig, Frau Vollzeit			
Anzahl Haushalte in %	1,8	2,3	2,9
VI ± (in Prozentpunkten)	0,1	0,1	0,1
Anderes Modell oder Aufteilung der Erwerbstätigkeit unbekannt			
Anzahl Haushalte in %	10,4	9,2	8,7
VI ± (in Prozentpunkten)	0,2	0,2	0,2

Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

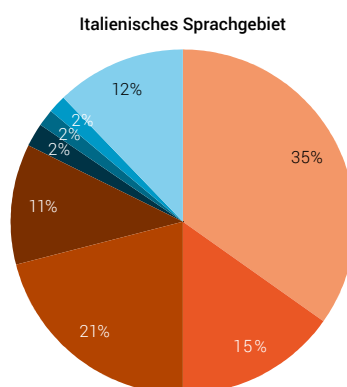
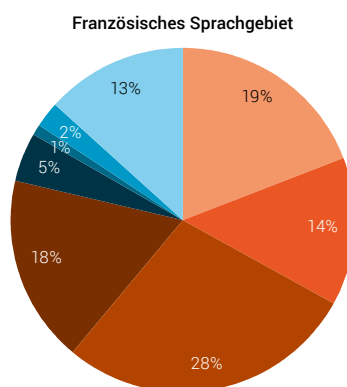
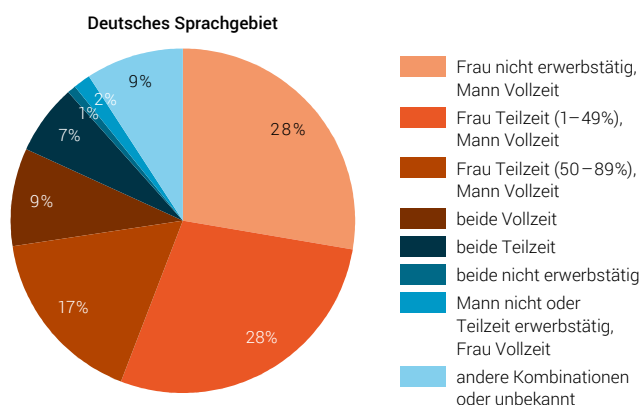
© BFS 2016

Das Erwerbsmodell, bei dem die Frau in einem niedrigen Teilzeitpensum (1–49%) arbeitet, ist in der Deutschschweiz häufiger (28%) als im französischen (14%) und italienischen (15%) Sprachgebiet. Die hohen Teilzeitpensum wiederum (50–89%) sind bei den Frauen im französischen Sprachgebiet stark vertreten (28%). Im italienischen Sprachgebiet betragen sie 21%, im deutschen 17%.

In der französischen Schweiz arbeiten in Haushalten mit kleinen Kindern doppelt so oft beide Partner Vollzeit (18%) als in der Deutschschweiz (9%). Dass beide Partner Teilzeit arbeiten, ist immer noch selten der Fall. In der Deutschschweiz wählen 7% der Paare dieses Modell, in der Romandie 5% und im Tessin 2%. Noch seltener trifft man auf Paare, bei denen der Mann nicht oder Teilzeit erwerbstätig ist und die Frau Vollzeit arbeitet (um die 2%). Neben der Situation auf dem Arbeitsmarkt und den finanziellen Bedürfnissen der Haushalte hängt die Wahl des Erwerbsmodells auch von soziokulturellen Faktoren ab.

**Erwerbsmodelle bei Paarhaushalten
mit jüngstem Kind unter 7 Jahren,
2010–2014 kumuliert**

G 11.2



Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

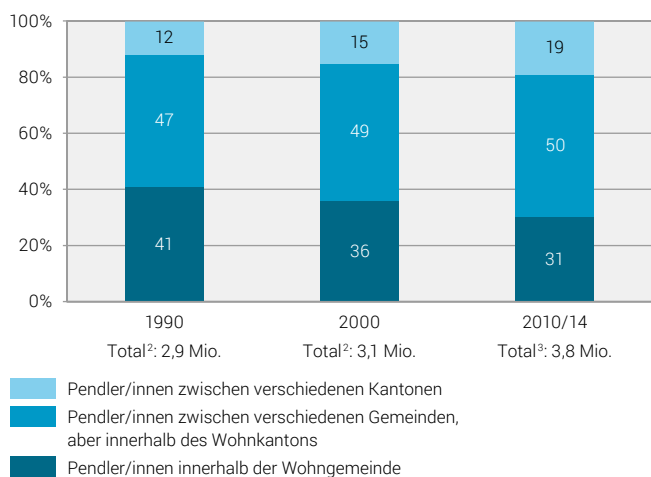
12 Pendlermobilität

9 von 10 Erwerbstätigen in der Schweiz sind Arbeitspendlerinnen und -pendler, also Personen, die zum Aufsuchen des Arbeitsplatzes ihr Wohngebäude verlassen. Dem Arbeitsverkehr kommt daher sowohl verkehrspolitisch als auch im Alltag der Menschen eine grosse Bedeutung zu. Im Durchschnitt legen die Arbeitspendlerinnen und -pendler gut 14 Kilometer zurück, um zu ihrer Arbeitsstätte zu gelangen. Mehr als die Hälfte von ihnen benutzt das Auto.

12.1 Länge der Arbeitswege

Zu den Arbeitspendlerinnen und -pendlern werden alle erwerbstätigen Personen gezählt, die einen fixen Arbeitsort ausserhalb ihres Wohngebäudes haben. Im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 waren dies rund 3,8 Mio. Menschen. 71% von ihnen arbeiteten ausserhalb ihrer Wohngemeinde, viele (19%) sogar ausserhalb ihres Wohnkantons. Seit 1990 hat sich der Anteil der «interkantonal» Pendelnden deutlich vergrössert (G12.1).

Pendler/innen nach Arbeitsweg¹, 1990, 2000 und 2010–2014 kumuliert **G 12.1**



¹ Nach Gemeindestand 2014

² Total ohne fehlende Werte, d.h. ohne befragte Personen mit unvollständigen Angaben

³ Total inklusive fehlender Werte, die mittels eines Schätzverfahrens der Gruppe der Pendler/innen zugeordnet wurden.

Quellen: BFS – Volkszählung (VZ), Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

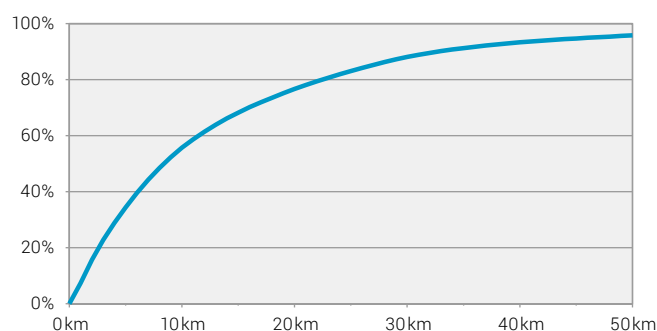
Mit dem Anteil der interkantonalen Arbeitspendlerinnen und -pendler ist in den vergangenen Jahren auch die mittlere Länge des Arbeitswegs angewachsen: von 12,9 km im Jahr 2000 auf 14,2 km im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014. Dies entspricht einer Zunahme von 10%.

Nach 5 km Arbeitsweg hatten zwischen 2010 und 2014 rund 34% der Pendlerinnen und Pendler ihre Arbeitsstätte erreicht, nach 10 km waren es 56% (G12.2). Rund 4% der Pendelnden wiesen einen Arbeitsweg von mehr als 50 km auf.

Pendler/innen nach Länge des Arbeitswegs, 2010–2014 kumuliert

Anteil der Pendler/innen, die nach der aufgeführten Distanz ihre Arbeitsstätte erreicht haben (Summenhäufigkeiten)

G 12.2



Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

12.2 Verwendete Verkehrsmittel

Etwas mehr als die Hälfte der Pendlerinnen und Pendler, nämlich 52%, wählte zwischen 2010 und 2014 als Hauptverkehrsmittel (siehe Kasten) für den Arbeitsweg den Personenwagen. Dessen Anteil hat zwischen 1990 und 2000 um 5 Prozentpunkte zugenommen, ist anschliessend aber leicht zurückgegangen. Zugelegt hat in den vergangenen Jahren die Bahn: Sie kam zwischen 2010 und 2014 auf einen Anteil an den Hauptverkehrsmitteln von 16%, was gegenüber 1990 einer Zunahme um 5 Prozentpunkte entspricht. Hierzu beigetragen haben nicht zuletzt die grossen Investitionen in ein leistungsfähiges nationales Bahnnetz (Projekt Bahn 2000) sowie in diverse regionale S-Bahn-Angebote.

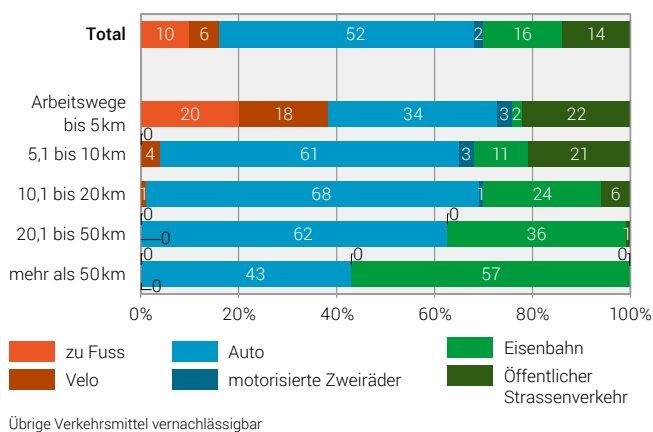
Hauptverkehrsmittel

Die befragten Personen konnten mehrere Angaben zu den Verkehrsmitteln machen, die sie für den Arbeitsweg einsetzen. Um das Hauptverkehrsmittel zu ermitteln, wurden die Angaben hierarchisiert: Die öffentlichen Verkehrsmittel wurden den privaten übergeordnet, die schnelleren Verkehrsmittel den langsameren. Benutzte ein Pendler z.B. zuerst die Bahn und dann den Bus, so gilt die Bahn als Hauptverkehrsmittel. Die von diesem Pendler zurückgelegte Busstrecke wird vernachlässigt.

Hauptverkehrsmittel der Pendler/innen nach Länge des Arbeitswegs, 2010–2014 kumuliert

Anteil der Pendler/innen, welche ein bestimmtes Verkehrsmittel als Hauptverkehrsmittel für den Arbeitsweg einsetzen

G 12.3



Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

Die Wahl des Hauptverkehrsmittels hängt stark von der Länge des Arbeitswegs ab (G12.3). So kamen zwischen 2010 und 2014 das Zufussgehen und das Velo bei den Arbeitswegen unter 5 km auf beträchtliche Anteile von 20% beziehungsweise 18%. Bei den mittellangen Arbeitswegen dominierte der Personenwagen, dessen Anteil an den Hauptverkehrsmitteln bei den Arbeitswegen zwischen 10 und 20 km mit 68% besonders gross war. Die Bedeutung der Eisenbahn ist bei den kurzen Arbeitswegen minimal, steigt mit zunehmender Distanz aber stark an und erreicht bei den Strecken über 50 km einen Anteil von mehr als der Hälfte.

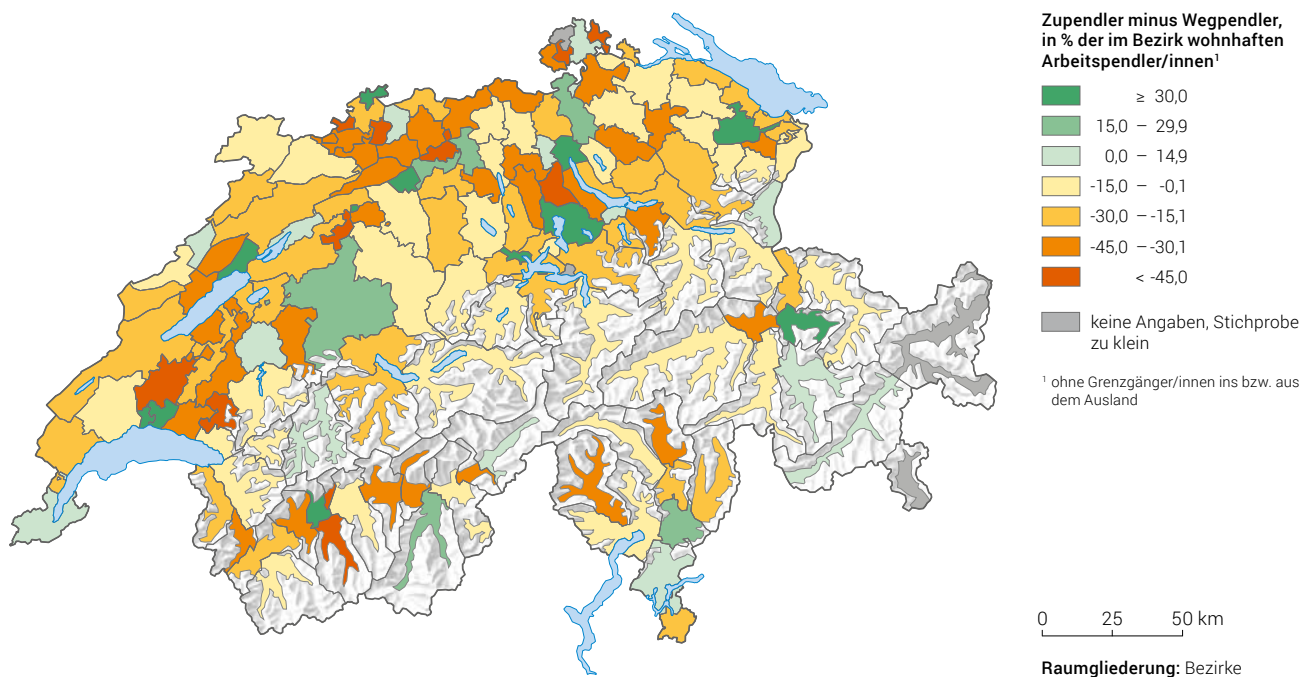
12.3 Pendlersaldi der Bezirke

Während manche Bezirke eigentliche Arbeitsplatzzentren sind und dementsprechend viele Zupendler anziehen, überwiegen in anderen Bezirken die Wegpendler (G12.4). Die Bezirke mit positivem Pendlersaldo sind dabei klar in der Minderheit: Lediglich 32 der insgesamt 144 Bezirke mit genügend grosser Stichprobe wiesen im Durchschnitt der Jahre 2010 bis 2014 mehr Zu- als Wegpendler auf. Dabei handelte es sich überwiegend um Gebiete, in denen grössere Städte oder zumindest regionale Zentren liegen. Unter anderem befinden sich in der Gruppe der «Arbeitsbezirke» die zehn einwohnerstärksten Schweizer Städte respektive ihre jeweiligen Bezirke mit Ausnahme von Winterthur. Über den höchsten relativen Pendlersaldo verfügte mit +90% der Bezirk Solothurn, gefolgt vom Bezirk Zürich mit +86%. (Der relative Pendlersaldo entspricht dem Anteil des Pendlersaldos an den im Bezirk wohnhaften Pendlerinnen und Pendlern.)

In insgesamt 112 Bezirken waren zwischen 2010 und 2014 die Wegpendler in der Überzahl. Bei den besonders ausgeprägten «Wohnbezirken» handelt es sich vielfach um verkehrstechnisch eher gut erschlossene Gebiete am Rande von Agglomerationsgürteln.

Relativer Pendersaldo, 2010–2014 kumuliert

G 12.4



Quelle: BFS – Strukturerhebung (SE)

© BFS 2016

Publikationsprogramm BFS

Das Bundesamt für Statistik (BFS) hat als zentrale Statistikstelle des Bundes die Aufgabe, statistische Informationen zur Schweiz breiten Benutzerkreisen zur Verfügung zu stellen. Die Verbreitung geschieht gegliedert nach Fachbereichen und mit verschiedenen Informationsmitteln über mehrere Kanäle.

Individuelle Auskünfte

058 463 60 11, info@bfs.admin.ch

Das BFS im Internet

www.statistik.ch

Medienmitteilungen zur raschen Information der Öffentlichkeit über die neusten Ergebnisse

www.news-stat.admin.ch

Publikationen zur vertieften Information

058 463 60 60, order@bfs.admin.ch

Online-Datenrecherche (Datenbanken)

www.stattab.bfs.admin.ch

Nähere Angaben zu den verschiedenen Diffusionsmitteln im Internet unter der Adresse www.statistik.ch → Aktuell → Publikationen

Bis zum Jahr 2000 führte das Bundesamt für Statistik alle 10 Jahre eine Volkszählung bei der gesamten Bevölkerung durch. Der logistische und technische Aufwand ging mit beträchtlichen Kosten einher. Deshalb wurde die Volkszählung ab 2010 zu einem kostengünstigeren Erhebungssystem umgebaut, das mehrere Elemente miteinander kombiniert. Dabei stehen die Registererhebung und die Strukturhebung im Zentrum. Erstere wertet die vorhandenen Verwaltungsdaten aus, zweite wird jährlich als Stichprobe durchgeführt. Mit weiteren Stichprobenbefragungen werden einzelne Fragestellungen thematisch vertieft.

Die vorliegende Publikation stellt eine Auswahl der Resultate aus den Personen- und Haushaltsstatistiken, den Gebäude- und Wohnungsstatistiken sowie Resultate rund um die Themen Sprache, Religion, Ausbildung, Erwerbsleben und Pendlermobilität bereit.

Bestellungen Print

Tel. 058 463 60 60
Fax 058 463 60 61
order@bfs.admin.ch

Preis

Fr. 10.– (exkl. MWST)

Download

www.statistik.ch (gratis)

BFS-Nummer

1645-1400

ISBN

978-3-303-01269-7

**Statistik
zählt für Sie.**

www.statistik-zaehlt.ch